

Teil IV: Der Mensch im sozialpolitischen Magnetfeld

Zivilgesellschaftliche Konzepte stellen den Bürger, den in der Gesellschaft aktiven Menschen, in den Vordergrund. Wenn dagegen von Sozialpolitik die Rede ist, wird in der Regel von Apparaturen, Zuständigkeiten und Regelungen gesprochen, von den betroffenen Menschen ist wenig die Rede. Dass einmal, in den 1960er Jahren, ein westdeutscher Sozialminister (Herbert Ehrenberg) »das Glück des kleinen Mannes« zum Ziel sozialstaatlicher Sozialpolitik erklärte, wird heute eher milde belächelt. Dieses vermeintliche Manko an einer humanistischen Perspektive hat wohl mit dazu beigetragen, dass die Sozialpolitik so in Verruf geraten ist. Wenn wir dagegen das Sozialpolitische Prinzip in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion rücken, werden wir gleichsam dazu gedrängt, das Menschenbild der Sozialpolitik zu thematisieren. Denn das Sozialpolitische Prinzip verweist in seiner Grundhypothese auf die doppelte Angewiesenheit des Kapitalismus auf den Menschen, wenn sich seine Ökonomie in der Moderne technologisch innovativ und profitsteigernd weiterentwickeln will: zum einen auf den Menschen als Träger von Humankapital, zum anderen auf seine Reproduktions- und Sorgetätigkeit. Dabei geht es vor allem darum, wie der Mensch im prinzipiell menschenfeindlichen Kapitalismus (der Mensch als Ware) zur Geltung gebracht werden kann.

In der Sphäre der sozialen Idee des Sozialpolitischen Prinzips im Entwurf von Heimann ist ein bestimmtes Menschenbild enthalten, ja vorausgesetzt. Aus dem Gesamttext schält sich die Figur des kollektiv orientierten, solidarischen Menschen heraus. In der neueren kritischen Sozialstaatsdiskussion, die den Sozialstaat meist auf seine Apparatur verkürzt, wird kaum von diesem sozialpolitischen Menschenbild gesprochen. Der Sozialstaat als die zentrale Form der Institutionalisierung des Sozialpolitischen Prinzips wird meist nur als gesellschaftliche Regulierungs- und Dienstleistungsagentur behandelt; dass er auch Qualitäten einer kollektiven Identitäts- und Gemeinschaftsformation aufweist, wird meist übergangen. Dabei war es gerade diese »kollektive Identität« (vgl. Evers/Nowotny 1987), die der Sozialstaat

dank einer verlässlichen sozialstaatlichen Hintergrundsicherheit vermitteln konnte. Diese kollektive Identität ist gegenwärtig brüchig, die soziale Hintergrundsicherheit aber notwendiger denn je. Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft sind auf den Sozialstaat angewiesen. Unsere These ist in diesem Zusammenhang, dass die soziale Gestaltungskraft des Sozialstaats – über seine Sicherungs- und Versorgungsfunktion hinaus – auch heute davon abhängt, wie er sich identitätsbildend in den Alltag der Menschen einbringen kann. Einen Zugang zur Erschließung dieser Hypothese bietet die Frage nach dem Menschenbild der sozialpolitischen Diskurse im Kontrast zu dem bürgergesellschaftlichen, aber auch dem neoliberalen Menschenbild. Wir wollen deshalb in einem nächsten Schritt klären, wie denn dieser Mensch als gleichsam ›sozialpolitisches Wesen‹ gedacht sein kann und welche sozialpolitischen Gestaltungsaufforderungen sich daraus ergeben. Solche Gestaltungsaufforderungen lassen sich deshalb aus unserem sozialpolitischen Zugang aufschließen, weil dieser nicht normativ argumentiert, sondern nach den sozialen Bedingungen fragt, unter denen Menschen in unserer Gesellschaft ihr Leben selbstbestimmt wie sozial verantwortlich gestalten können.

Zu den methodologischen Vorteilen des dialektischen Ansatzes Heimannscher Prägung gehört in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die Entwicklung der Lebensverhältnisse von Menschen in modernen Industriegesellschaften hin zu einem jeweils besseren Leben historisch-empirisch zu bestimmen. Politisch ausgedrückt beinhaltet dies die Hypothese: Nur dort, wo das Sozialpolitische Prinzip wirkt, sind Verbesserungen der Lebensverhältnisse im humanen und emanzipatorischen Sinne zu erwarten. Diesen Zusammenhang können wir mit dem Konzept »Lebenslage« erfassen. Damit haben wir aber erst einmal die Entwicklungslogik der sozialpolitischen Rahmenbedingungen erfasst, in denen sich Menschen entfalten können. Auf welches Leben hin dies aber ermöglicht werden kann, ist die tiefere Frage, die auch an eine Sozialpolitik gestellt werden muss. Gerade weil heute wieder ein normativer Sozialdiskurs zur Frage der Ermöglichung eines »guten Lebens« (in Anlehnung an Martha Nussbaum [1999]) geführt wird, gilt es deutlich zu machen, dass sich mit dem Sozialstaat ein normativer Horizont, ein bestimmtes Menschenbild und ein Definitionskreis guten bzw. besseren Lebens verbindet, der nicht sozialphilosophisch gesetzt ist, sondern sich historisch-empirisch entwickelt hat. Es war die grundlegende Leistung der Sozialpolitik in den Sozialstaaten des 20. Jahrhunderts, dass nicht mehr ein »allgemein-moralisches ›Menschenrecht‹« eingeklagt werden musste, sondern dass »nun in den Begriffen des ›weniger von‹ und der geringeren/verweigerten ›Teilhabe an‹ historisch definierten sozialen und kulturellen Gütern, Werten, Rechten eine Fülle konkreter Dinge in aller Schärfe erst real verhandelbar und sichtbar« wurden (Evers/Nowotny 1987: 161).

GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND MENSCHLICHE ENTFALTUNG – DAS KONZEPT »LEBENS-LAGE«

Mit dem Lebenslagenkonzept kann der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und der jeweiligen Ausformung von sozialen Spielräumen, in denen das Leben je biografisch unterschiedlich bewältigt wird, nach der Logik des Sozialpolitischen Prinzips aufgeschlossen werden. Der Begriff der Lebenslage ist in unserem Zusammenhang insofern zentral, als in ihm die Makroebene der gesellschaftsstrukturellen und sozialpolitischen Entwicklungsgesetzlichkeiten mit der Erfahrungs- und Handlungsebene der Menschen vermittelt ist. Lebenslagen sind »Produkt gesellschaftlicher Entwicklung (strukturiert), zugleich aber Bedingung und Ausgangssituation (strukturierend) der Entwicklung von einzelnen Menschen und Gruppen; Lebenslagen sind Ausgangsbedingungen menschlichen Handelns ebenso wie sie Produkt dieses Handelns sind« (Amman 1994: 324). Mit dem Lebenslagenansatz kann also der Kontext der von den Menschen verfügbaren materiellen, sozialen und kulturellen Bewältigungsressourcen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und in der Rückbindung zu diesen beschrieben werden.

Das Lebenslagenkonzept ist ein historisch-dialektisches Konzept. Dies muss besonders deutlich gemacht werden, denn in der Regel wird es undialektisch, eben nur deskriptiv verwendet. Nicht nur in den periodischen Armuts- und Reichtumsberichten, auch im analytischen Diskurs (wie z. B. bei Voges 2002, Chassé et al. 2003, Volkert 2005, Leßmann 2006). Dort bezieht man sich vor allem auf Gerhard Weisser (1956/1978), den Begründer des sozialwissenschaftlichen Lebenslagenkonzepts, der aufzeigte, wie die Sozialpolitik als Verteilungspolitik Lebenslagen konstituiert und sich in ihnen spiegelt. Es war die Weisser-Schülerin Ingeborg Nahnsen (1975), die die Dialektik in der Verbindung von Lebensverhältnissen und gesellschaftlicher Entwicklung erkannt und – nach dem historisch-theoretischen Muster Eduard Heimanns – lebenslagentheoretisch umgesetzt hat. Am Beispiel der Entwicklung des Arbeitsschutzes in Deutschland baut sie ihr Grundmodell auf: Die Modernisierung und Weiterentwicklung der industriekapitalistischen Ökonomie erfordert auch die Modernisierung der Lebensverhältnisse der Arbeitenden. In diesem Prozess erwachsen die Interessen der Subjekte an der individuellen und sozialen Gestaltung ihrer Lebensperspektive, die über den rein ökonomischen Aspekt der Reproduktion der Arbeitskraft hinausgeht. Die Menschen erkennen also mit der ökonomisch induzierten Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse weiterführende eigene Interessen. Deshalb können sie eine eigensinnige Praxis entwickeln, die prinzipiell in manifester oder latenter Spannung zu der ökonomisch gewünschten Sozialform steht. In diesem dialektischen Prozess werden soziale Ideen, die bisher freischwebend und eher utopisch sind, an die

realen gesellschaftlichen Verhältnisse gebunden und so zu Antrieben des gesellschaftlichen Wandels.

Gerhard Weisser hat die Lebenslage als »Spielraum« gefasst, den die gesellschaftlichen Bedingungen dem Menschen für die Erfüllung seiner Grundbedürfnisse und die Gestaltung seines Lebens ermöglichen, wobei sich diese Spielräume in einem Prozess formen, »den die Gesellschaft bewirkt« (Weisser 1956: 278). Ingeborg Nahnsen hat diese gesellschaftliche Formung als dialektischen Prozess am Modell der Entwicklung des Arbeitsschutzes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erkannt. Im Zuge der rasanten industriellen Modernisierung mussten die Arbeiter nicht nur qualifiziert werden, um die neuen Maschinen bedienen zu können (es gab in dieser Zeit sehr viele Betriebsunfälle, weil die Arbeiter nicht mit den neuen Maschinen und Arbeitsvorrichtungen zurechtkamen), sondern es mussten ihre gesamten Lebensbedingungen verbessert werden. Je mehr aber die industriekapitalistische Ökonomie unter dem Druck stand, im Zuge ihrer notwendigen Modernisierung Arbeiter und Angestellte zu qualifizieren und ihre Reproduktion (verbesserte Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, mehr Erholungszeiten) zu verbessern, desto mehr erweiterten sich die soziokulturellen und sozialen Spielräume, aber auch die Beteiligungswünsche der arbeitenden Menschen. Es entstanden also in diesem Modernisierungsprozess immer wieder Konstellationen, in denen

»sich die Interessen von Arbeit und Kapital einander nähern. Geht es Letzteren um die Erhaltung eines ausreichenden Reservoirs leistungsfähiger Arbeitskraft, so geht es Ersteren notwendigerweise darum, der eigenen Verelendung entgegenzuwirken. [...] Letztlich erfüllt der Arbeitsschutz damit eine wesentliche Funktion für die Umstellungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Da er aber zugleich die Lebenslage der Arbeiter in ihrem Muße- und Regenerationsspielraum schützt, werden diese kontinuierlich erweitert, fördert er auch ihre Chance, ihrer eigenen wichtigen Interessen innezuwerden.« (Nahnsen 1975: 165f.)

DIE DIALEKTIK DER ERWEITERUNG

Es handelt sich hier also um eine Dialektik der Erweiterung, die von ihrer Grundstruktur her überall dort wirkt, wo sich Industriegesellschaften entwickeln, das heißt an die Entwicklungsschwelle geraten, von der an sich diese produktive gegenseitige Abhängigkeit zwischen Arbeit und Kapital zwangsläufig einstellen muss. Bisher waren – in den Peripherien der globalen Welt – die Menschen außerhalb dieser Dialektik von Arbeit und Kapital, weil ihre Länder nur als Rohstofflieferanten und Anbieter billiger Arbeitskraft dienten. In der Struktur dieser exkludierten Existenz lagen und liegen keine weiterführenden Perspektiven, die Menschen hatten weder Wahl noch Antrieb, über das hinaus etwas

zu erreichen, mit dem sie zufrieden sein mussten. Dies wird sich in dem Maße ändern, in dem der globale Kapitalismus seine Kapitalakkumulation nicht mehr ungehindert betreiben kann und sich der Organisationsgrad der Arbeitnehmenden bis in die globalen Randzonen hinein stetig erhöht: Denn

»seit einigen Jahrzehnten sind die Zielregionen für mögliche Produktionsverlagerungen [...] im Begriff, knapp zu werden, während gleichzeitig der Organisationsgrad der Arbeiter/innen auch in der Peripherie allmählich zunimmt. [...] In dem Maße, in dem das kapitalistische Weltsystem auf der Logik der fortwährenden Kapitalakkumulation beruht, werden ihm durch den Anstieg der Produktions- und [Sozial]Kosten die Grundlagen für genau diese Akkumulation entzogen.« (Herkenrath 2008: 76f.)

Das Sozialpolitische Prinzip mit seiner Dialektik der Erweiterung, das in den alten Industriestaaten erschöpft scheint, könnte also weltweit neuen Auftrieb erhalten. Und das heißt, dass sich die Erfahrung der Möglichkeit besserer Lebensbedingungen auch in den Peripherien entwickeln können.

Der Begriff der Erfahrung ist hier zentral und das meint auch Amman (1994), wenn er in Lebenslagen die »Bedingung und Ausgangssituation« der menschlichen Entwicklung im Sozialen sieht. Es wird also davon ausgegangen, dass Lebenslagen auch Spielräume der Ermöglichung von Erfahrungen der eigenen Lebenssituation darstellen. Dies können psychosozial verengende, regressive, wie psychosozial erweiternde, sozial öffnende Erfahrungen sein. Dies bedeutet, dass die Subjekte nicht einfach von ihrer Lebenslage »betroffen« sind, sondern sich mit ihr – bewusst reflexiv oder unbewusst agierend – auseinandersetzen. Wendt hat in seiner Rezeption des Lebenslagenkonzepts darauf aufmerksam gemacht, dass es beim Lebenslagenansatz vor allem darum geht aufzuschließen, wie die Subjekte ihre Lebensbedingungen »unter Nutzung eigener Potentiale und sozialökologischer und sozialkultureller Ressourcen bewältigen« (Wendt 1984: 108). Dabei steht der Entwicklungsaspekt im Vordergrund (vgl. Voges 2002), das heißt eigene Potenziale bzw. Kompetenzen sind nicht einfach abrufbar, sondern müssen sich mit den Lebenslagen entwickeln können. Das meint die Kennzeichnung der Lebenslage als *Ermöglichungszusammenhang*. Diese ermöglichende und aktivierende Seite der Lebenslage wird im Lebenslagendiskurs auch in einen normativen Bezug gestellt, aus dem heraus sich die Handlungsantriebe über das existenzielle Grundniveau einfacher Handlungsfähigkeit hinaus orientieren und erweitern können. Schon Gerhard Weisser sprach vom »Lebenssinn«, der die Lebenslage durchzieht und überwölbt.

Die Kontroverse über die sozialpolitische Grundsatzfrage, ob und inwieweit man gesellschaftlich und individuell erstrebenswerte Lebenslagenniveaus als Zielvorgaben setzen sollte, ist nicht erst anlässlich der sozialwissenschaft-

lichen Rezeption des Capability-Approach (s.u.) entstanden. Schon im älteren Lebenslagendiskurs stand die Frage im Mittelpunkt, welche »Grundanliegen« oder »Interessen« (Weisser) sozialpolitisch befriedigt werden müssten, damit man von einem menschenwürdigen wie selbstbestimmten Leben sprechen kann. Unter Grundanliegen versteht Weisser voraussetzungslose Interessen, welche die physische Existenzfähigkeit des Menschen genauso gewährleisten können wie die Gestaltung seiner Persönlichkeit sowie seiner sozialen und kulturellen Teilhabe. Sie sind, ähnlich wie bei der Rangliste des »guten Lebens« von Martha Nussbaum (s.u.) – aber auch ähnlich wie bei der Charta der Menschenrechte – kulturübergreifend, ubiquitär, von nationalgesellschaftlichen Traditionen unabhängig gemeint. Ingeborg Nahnsen hat diese normativen Setzungen in der Rezeption wie Kritik des Weisserschen Ansatzes zum Angelpunkt ihrer gesellschaftlich rückgebundenen Reformulierung des Lebenslagenansatzes gemacht. Sie wirft Weisser vor, dass er Interessen setze, ja oktroyiere, statt ermittle. Sie fragt deshalb nach der »Ausprägung der Bedingungen, unter denen Interessen überhaupt ins Bewusstsein gehoben und befriedigt werden können.« (Nahnsen 1975: 150) Dabei übernimmt sie Weissers Begriff des »Spielraums«, mit dem er die Struktur und Handlungsdimension der Lebenslage miteinander verknüpft. Darunter versteht Weisser jenen Kontext gesellschaftlicher Bedingungen, die es dem Menschen ermöglichen, jene Interessen zu befriedigen, die die existenziellen Grundlagen und den Sinn seines Lebens sichern können. Diese »Spielräume« setzt Nahnsen nur nicht in eine Rangfolge der Bewertung, sondern in einen interdependenten und in der Bedeutung wechselnden Zusammenhang:

»Aus analytischen Gründen ist es zweckmäßig, die Vielzahl von Bedingungen und der an ihnen hängenden Hypothesen nach Komplexen zu ordnen oder anders ausgedrückt, zu mehreren (fiktiven) Einzelspielräumen der Lebenslage zusammenzufassen. So hängt zweifellos das Maß möglicher Interessenentfaltung und Interessenrealisierung unter anderem von einer Reihe gesellschaftlich bewirkter Umstände ab, die den Umfang möglicher Versorgung mit Gütern und Diensten bestimmen (Versorgungs- und Einkommensspielraum). Es hängt ferner von den Möglichkeiten ab, die die Pflege sozialer Kontakte und das Zusammenwirken mit anderen mehr oder weniger erlauben (Kontakt- und Kooperationsspielraum). Die Chancen zur Interessenentfaltung und -realisierung werden wesentlich beeinflusst von den Bedingungen der Sozialisation, von Form und Inhalt der Internalisierung sozialer Normen, vom Bildungs- und Ausbildungsschicksal, von den Erfahrungen in der Arbeitswelt, vom Grad möglicher beruflicher und räumlicher Mobilität usw. (Lern- und Erfahrungsspielraum). Eine weitere entscheidend wichtige Rolle spielen die psycho-physischen Belastungen, die dem Einzelnen in typischer Weise abgefordert werden durch Arbeitsbedingungen, Wohnmilieu, Umwelt, Existenzunsicherheit u.ä. (Muße- und Regenerationsspielraum). Schließlich werden Interessenentfaltung und Interessenrealisierung nicht zuletzt durch die Verhältnisse strukturiert, von denen es

abhängt, wie maßgeblich der Einzelne auf den verschiedenen Lebensgebieten mitentscheiden kann (Dispositionsspielraum).« (Ebd.: 150)

Dieses Spielraumkonzept versucht sie nun mit dem Ansatz der Dialektik der Erweiterung zu verbinden. Dies zeigt sie wiederum am bereits kurz skizzierten Beispiel der historischen Entwicklung des Arbeitsschutzes. Der Arbeitsschutz soll Gefährdungen des Arbeiters, die aus der Arbeitsorganisation resultieren, mindern und damit die Regenerationsfähigkeit des Arbeitnehmers schützen. Mit der Verbesserung des Arbeitsschutzes wird – so Ingeborg Nahnsen – ein wichtiger »Einzelspielraum« der Lebenslage der Arbeiter, der »Muße- und Regenerationsspielraum« verbessert. »So fördert er auch ihre Chance, ihrer eigenen wichtigen Interessen innezuwerden. Er bietet mithin ein hervorragendes Beispiel für die Ambivalenz aller Sozialpolitik.« (Nahnsen 1975: 165 f.) Man kann dieses historische Beispiel weitertreiben: Indem die Arbeiter spürten, dass die geweckten, weiterführenden Interessen im Verein mit anderen, »Gleichgesinnten« erfahren und aus dieser gemeinsamen Erfahrung heraus organisiert werden können, entwickelten sich Kontakt-, Kooperations- und Partizipationsspielräume. Gleichzeitig erwuchs das Interesse an außerbetrieblicher Bildung, um das Erfahrene kulturell zu erweitern und darin Lebenssinn zu entwickeln (Lern- und Erfahrungsspielraum). Diese Erweiterungen wirkten wieder zurück in Form von Ansprüchen auf mehr Freizeit, auf Verbesserung des Wohnumfelds (Ausdehnung des Muße- und Regenerationsspielraums). Mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus hin zur fordistischen Formation der Massenproduktion und des Massenkonsums, der eine entsprechend notwendige Erhöhung der Löhne erforderte, dehnte sich der Einkommens- und Versorgungsspielraum weiter aus und damit wuchs die Hintergrundsicherheit, aus der heraus man die Lebensverhältnisse sozial und kulturell gestalten konnte.

Diese Entwicklung in ihrem Zusammenspiel geschah nicht wildwüchsig von den Einzelnen her, sondern im staatlich-gesellschaftlichen Kontext sozialpolitischer Regulation, die die Lebenslagenentwicklung durch Ausbalancierung des Konfliktverhältnisses von Arbeit und Kapital weiter vorantrieb und in eine institutionelle Ordnung brachte. Dass dies in erster Linie eine sozialstaatliche Ordnung war, hat – vor allem in Westeuropa – etwas mit den nationalstaatlichen Traditionen zu tun. Das Sozialpolitische Prinzip muss aber nicht notwendig in eine national- und sozialstaatliche Form fließen, deswegen besteht es auch weiter, wenn sich Nationalstaaten und sozialstaatliche Konstellationen entgrenzen. Es funktioniert in dem Maße, in dem der Industriekapitalismus in seinem Streben nach ökonomischer und technologischer Weiterentwicklung zum Zwecke der Profitsteigerung auf qualifizierte Facharbeit größeren Ausmaßes auch im Inland angewiesen ist.

Die Dialektik der Erweiterung, die sich im Sozialpolitischen Prinzip ausdrückt, hat im Verlaufe des 20. Jahrhunderts – vor allem in Europa – ihre ins-

titutionelle Form im Sozialstaat gefunden. Dieser ist seitdem der Adressat und Mittler der widerstreitenden sozialen Ansprüche und ökonomischen Interessen, die er im rechtlich fundierten Modus von Anspruch und Zumutbarkeit zu regulieren versucht. Spätere soziale Bewegungen, wie die Frauen- und Ökologebewegung haben von Beginn an diesen Vermittlungsprozess durchlaufen. Auch sie sind im Umkreis des Grundkonflikts zwischen Arbeit und Kapital, in der Spannung zwischen Mensch und Ökonomie entstanden. Solange der Sozialstaat vor dem Hintergrund entsprechender sozialökonomischer und gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen die Dialektik der Erweiterung als Modernisierungspolitik im Allgemeinen und speziell als Modellpolitik transformieren konnte, war eine durchschnittliche progressive Lebenslagenentwicklung entlang der Linie des Normalarbeitsverhältnisses gegeben. Mit der Erosion der sozialstaatlichen Gestaltungskraft und der damit einhergehenden Verlagerung der Modellpolitik von der Perspektive der Entwicklung hin zu sozialer Kontrolle und Prävention geht nun auch eine – ökonomisch vorangetriebene – Prekarisierung der Lebenslagen einher. Tendenzen der Verengung setzen sich durch. Dennoch bleibt – nationalgesellschaftlich betrachtet – der Sozialstaat als Moderator der Lebenslagenentwicklung erhalten. Allerdings geschieht das nun in einer gespaltenen Gesellschaft, in der sich die Lebenslagen der Vermögenden im Sog globalisierter Marktdynamiken entwickeln, während die größer gewordenen armutsbedrohten Gruppen der Bevölkerung in ihrer Lebenslagenentwicklung weiter vom Sozialstaat – nun restriktiv – gleichsam verwaltet werden.

Auch die *geschlechtsbezogene* Ausdifferenzierung der Entwicklung der Lebenslagen folgt der Dialektik der Erweiterung. So hat sich die weibliche Lebenslage, vor allem was die besonderen Spielräume der Selbstbestimmung und der optionalen Öffnung der Geschlechterrolle betrifft (vgl. dazu Enders-Dragässer/Sellach 1999) im Zuge der gesellschaftlichen Angleichung der Bildungschancen, aber auch der Modernisierung der Familienhaushalte wesentlich verbessert. Die männliche Lebenslage wiederum hat, was den besonderen Spielraum patriarchale Macht anbelangt sowohl im Verhältnis zu dieser Entwicklung der weiblichen Lebenslage als auch im Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft – Erosion der Normalarbeitsverhältnisses – eine soziale Nivellierung erfahren. Die oben eingeführte reproduktionsorientierte Öffnung des Heimannschen Grundmodells ist also auch für das Lebenslagenkonzept weiterführend.

Das Modell der Dialektik der Erweiterung, in das die sozialpolitische Lebenslagendefinition eingebettet ist, konnte sich in den industriekapitalistischen Gesellschaften der ersten Moderne in dem Maße entfalten, in dem der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital und seine sozialstaatliche Transformation die nationale Gesellschaft in Bewegung hielt. In der Zweiten Moderne hat diese gesellschaftliche Spannung an Kraft eingebüßt. Das hängt mit den mikroelektronisch vorangetriebenen Prozessen der Rationalisierung und ökonomischen Globalisierung zusammen, die den nationalgesellschaftlichen Rahmen der Re-

gulation gesprengt haben. Das international flottierende Kapital hat sich aus der nationalgesellschaftlichen Abhängigkeit von der Arbeit und damit aus seiner sozialstaatlichen Zählung inzwischen so weit gelöst, dass es seine Verwertungsinteressen dem Menschen gegenüber nahezu ungehemmt durchsetzen kann. Damit entsteht ein Druck auf die Lebenslagen, der sozialstaatlich nicht mehr hinreichend ausbalanciert werden kann. Der Grundkonflikt zwischen Mensch und Ökonomie, zwischen menschlichem Entfaltungs- und wirtschaftlichem Verwertungsinteresse, bleibt zwar weiter bestehen, er hat sich aber weitgehend in das Innere der Menschen verlagert. Der Mensch muss den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital nun mit sich selbst ausmachen, denn er ist ja weiter unmittelbar auf Arbeit verwiesen. Als »Unternehmer seiner selbst« ist er zugleich Subjekt wie Objekt seiner Verwertung. Der Grundkonflikt ist dabei aber nicht aufgehoben, sondern in ein persönliches Geschick transformiert. Der Mensch der Zweiten Moderne lebt nun selbstverantwortlich zwischen Chance und Risiko, Lebenslagen sind prinzipiell zu Risikolagen geworden.

SOZIALSTAAT UND MENSCHENBILD

Hinter den sozialstaatlichen Definitionen und Interventionen stand und steht ein Menschenbild, das von einer kollektiven Identität ausgeht und Vorstellungen von Lebenschancen und vom gesellschaftlichen Zusammenleben enthält. Gerade diese kulturelle Seite des Sozialstaatlichen ist in den letzten Jahren eher negativ diskutiert worden: In der kritischen Sozialhilfediskussion wurde dem Sozialstaat immer wieder vorgeworfen, dass er bedürftige Menschen gleichsam in Abhängigkeit halte (vgl. das Lohnabstandsgebot in der Sozialhilfe) und für Sozialhilfeempfänger Lebensniveaus definiere, die meist nur regressive oder nicht sich ausgestaltende Lebensformen zulassen.

Dennoch haben sozialstaatliche Institutionen in der Vergangenheit immer wieder versucht, auch die humanistische Gestaltungsseite des Sozialstaates herauszustellen. Darin steckt nicht nur der Anspruch, Lebenschancen sozialpolitisch abzusichern, sondern auch auf einen wohlfahrtlich erreichbaren Horizont hin zu öffnen. Hierin liegt die Vorstellung, durch eine Gestaltung von Gesellschaft auch Bedingungen zu schaffen, in denen sich die Bürger hin zu einem besseren Leben sozial entfalten können. Dieser Gestaltungsanspruch des Sozialstaates ist aber nicht einfach normativ gesetzt, sondern liegt in seiner Struktur. Indem er die gesellschaftliche Instanz geworden ist, in der die Ansprüche der unterschiedlichsten sozialen Gruppen zusammenlaufen und mediatisiert werden müssen, sieht er sich zwangsläufig in die Lage versetzt, zu agieren und in diesem Zusammenhang Ansprüche und Zumutbarkeiten zu definieren und zu regulieren.

DER SOZIALBÜRGER

Der sozialstaatlich gerahmte Bürger ist in den sozialstaatskritischen Diskussionen oft zu einem Menschen gemacht worden, der inzwischen nur noch Bedürfnisse nach Sicherheit hat und in der diffusen Angst lebt, dass diese Sicherheit nicht mehr selbstverständlich, sondern gefährdet ist (was ihn noch immobiler machen würde). Dem wird nun das Menschenbild des eigenverantwortlichen Bürgers entgegengestellt, ohne allerdings dabei zu reflektieren, unter welchen ökonomischen und sozialen Bedingungen diese Eigenverantwortlichkeit zu realisieren ist; sie werden einfach vorausgesetzt. Diese Kritik am Sozialstaat kann deshalb auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass es in der Geschichte des modernen Sozialstaates auch eine sozialbürgerschaftliche Komponente gibt. Diese kommt aus der sozialen Idee der Arbeiterbewegung, deren sozialreformerische Gestaltungsperspektiven sowohl auf die Gesellschaft wie auf den Einzelnen abzielten und die sich damals gar nicht so sehr an den Staat, als vielmehr an Gemeinschaften und Genossenschaften als Orte gesellschaftlicher Gestaltung und gegenseitiger Verantwortung richteten. Es war die nationalstaatliche Entwicklung in Deutschland, in der sich die typische Staatszentriertheit der Sozialpolitik herausbildete und schließlich die sozialbürgerlichen Ansätze überformte und in Vergessenheit geraten ließ. Diese Idee des Sozialbürgers, die wir aus den sozialpolitischen Vergesellschaftungsvorstellungen im Gefolge der Arbeiterbewegung herauslesen, ist in den heutigen sozialökonomischen Perspektiven des bürgergesellschaftlichen Diskurses nicht mehr zu finden.

Unter dem Titel »Der Staat als Lebensform« erschien in den 1920er Jahren ein Buch des schwedischen Staatsrechtlers Rudolph Kjellén (1924), das in Deutschland eine hohe Auflage erlebte. Die große Publizität des Werkes war darauf zurückzuführen, dass zu Beginn und im Verlauf der Weimarer Zeit eine heftige Diskussion um die politische und soziale Ausgestaltung des Staates entbrannt war. Auf der einen Seite befanden sich die Verfechter eines demokratischen und sozialen Staatswesens als Bürgerstaat, wie er mit der Weimarer Verfassung geboren war, auf der anderen Seite wurde auf der Rolle des Staates als übergreifender Ordnungs- und Rechtsmacht beharrt. Man könnte diese Auseinandersetzung durchaus auf die Frage reduzieren, ob der Staat für die Menschen da sei oder ob sich die Menschen dem Staat unterzuordnen hätten.

Das Kjellén-Buch erschien vielen deshalb fremd, weil man im sozialphilosophischen Verständnis der Distanz des Staates zum Menschen groß geworden und an die ordnungsstaatliche Tradition gewohnt war. Staat und bürgerliche Gesellschaft wurden in einem natürlichen Gegensatz zueinander gesehen, der durch Kontrakte ausbalancierbar, nicht aber sozial aufhebbar war. Der Staatsbürger sollte dem Staat dienen, ihn respektieren, von ihm etwas fordern; sein individuelles und persönliches Glück mit dem Staat in Zusammenhang

bringen, war aber für viele geradezu undenkbar. Deswegen waren auch die Töne, die Kjellén anschlug, so ungewohnt, denn er stellte einen Zusammenhang zwischen der Gestaltung des persönlichen Glücks und der sozialstaatlichen Wohlfahrt her (Kjellén 1924: 199). Dieses gestaltungsorientierte Bild vom Staat setzte er deutlich ab von der liberalbürgerlichen Staatsidee, die nach seiner Auffassung den Staat nur als »Lieferanten« für Rechtsschutz sah. Dieser überlasse es den Individuen, Gesellschaft zu gestalten und sich in welcher Richtung auch immer sozial zu verständigen. Kein Wunder – so Kjellén weiter – dass die (damalige) Staatswissenschaft an den Universitäten nicht mehr sein konnte als eine bloße Rechtswissenschaft. Diese Auseinandersetzung ist heute – anfangs des 21. Jahrhunderts – angesichts der legitimatorischen Krise des Sozialstaats neu aufgebrochen. Wird der Sozialstaat nur als Dienstleistungsstaat betrachtet und damit Beurteilungsmustern wie Marktfähigkeit und Effizienz unterworfen oder ist er auch ein Makrogebilde kollektiver Identität, aus der heraus die Menschen gehalten sind, soziale Verantwortung zu entwickeln und in ihren Ansprüchen dementsprechend dem Sozialstaat nicht als zentralem Dienstleister, sondern als einem wichtigen Bezugsort der Gestaltung von Gesellschaft gegenüberzutreten.

Die Globalisierungs- und Entgrenzungsschübe im digitalen Kapitalismus und ihre Folgen scheinen dieser Diskussion wieder eine positive sozialstaatliche Wende zu bringen. Denn jetzt geht es nicht mehr länger nur um das Verhältnis von Individuum und Sozialstaat als Dienstleister, sondern um die Frage überhaupt, ob der nationale Sozialstaat in der Lage ist, die Grundprinzipien sozialer Sicherheit und sozialer Ordnung zu gewährleisten oder ob die Gesellschaft vom sozial destruktiven Sog der Globalisierung erfasst wird. Nun wird auch deutlich, dass alle Diskussionen um Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des sozialstaatlichen Dienstapparates von der stillschweigenden Voraussetzung ausgehen, dass der Sozialstaat in seiner Grundfunktion der Sicherung der sozialen Integration zu erhalten ist. Wenn aber das historisch Grundlegende gefährdet ist, erscheinen auch die aktuellen Fragen in einem neuen Licht. Gerade unter dem Eindruck dieser externen Bedrohung des Sozialstaates ist die Frage Kjelléns nach der bürgerschaftlichen Qualität des Staates neu zu stellen, denn sozialstaatliche Grundfunktion und gesellschaftliche Gestaltungsfunktion sind nicht so ohne weiteres teilbar, geschweige denn gegeneinander auszuspielen. Damit könnte die Sozialstaatsdiskussion für den Bürgerdiskurs in einer Art und Weise geöffnet werden, die den Sozialstaat nicht vorab denunziert, sondern den sozialstaatlichen Diskurs zum Bürgerdiskurs konstruktiv in Beziehung setzen kann. Dies wollen wir versuchen, indem wir aufzeigen, dass der Sozialstaat in seinem industriegesellschaftlichen Werden nicht nur sozialvertragliche Bezugselemente auszuweisen hat, sondern dass er auch immer wieder Bezugspunkt sozialbürgerlicher Gestaltungsideen war und immer noch sein kann.

Deshalb ist es notwendig, wieder an die beiden epochalen Dimensionen der Vergesellschaftung zu erinnern, die den Sozialstaat bis heute konstituieren: Er ist zum einen Ergebnis des industriekapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, dem er als Regulationsprinzip immanent ist. Zum anderen steckt im Sozialstaat auch das historisch-gesellschaftliche Ergebnis strukturverändernder, von Menschen getragener sozialer Kämpfe und sozialer Über-einkünfte. Das bezieht sich nicht nur auf den traditionellen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch auf die Interessen und Konflikte sowie ihre gesellschaftliche Transformation, wie sie von den sozialen Bewegungen und Initiativen des Reproduktionsbereiches ausgingen. Gerade heute – angesichts der Entwertung des Faktors Erwerbsarbeit – werden diese Bezüge wieder relevant. Wenn wir den Sozialstaat so als Resultat von Vergesellschaftungsprozessen rekonstruieren, dann werden auch die Menschen sichtbar, wie sie sich in und über diesen Sozialstaat gesellschaftlich begreifen. Der Sozialstaat wird dann fassbar als kollektive Identität (Evers/Nowotny 1987), als Rückhalt und Hintergrundsicherheit sozialer Aktivierung und Teilhabe.

In Deutschland hat ein solches gesellschaftliches und lebensweltliches Verständnis des Sozialstaates nie richtig Fuß fassen können. Angesichts einer obrigkeitsstaatlichen und ordnungspolitischen Tradition, aber auch im Banne jenes sozialphilosophischen Denkens, das den Staat – im Hegelschen Verständnis – zur allgemeinen und übergesellschaftlichen Institution erklärt hat, sind die Dimensionen der sozialen Teilhabe und die darin enthaltenen sozialvertraglichen Elemente dort kaum zum Zuge gekommen. Das Verständnis, dass der Sozialstaat und die soziale Demokratie, die bürgerrechtliche Verfassung und die sozialstaatliche Vergesellschaftung und Lebensform eng miteinander verbunden sind, hat sich in Deutschland erst in den 1960er und 70er Jahren durchgesetzt. Der Sozialstaat steht eben nicht neben der Gesellschaft, sondern hat sich in historisch wechselnden Spannungsverhältnissen und deren Dialektik in sie hinein entwickelt. So muss er auch in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Spannungen und Konflikten und damit auch im aktuellen bürgergesellschaftlichen Diskurs neu verortet werden: Indem der Sozialstaat als Vergesellschaftungsprinzip und Hintergrund einer gesellschaftlichen Lebensform betrachtet wird, werden seine sozialvertraglichen und sozialbürgerlichen Strukturelemente als Resultate der für ihn konstitutiven sozialen Konflikt- und Konsensprozesse freigelegt.

Wenn wir den modernen Sozialstaat als institutionellen Ausdruck eines epochalen Vergesellschaftungsprinzips der industriekapitalistischen Moderne erkennen, dann können wir uns auch von seiner (gegenwärtig versäulten und verselbstständigten) institutionellen Form lösen und nach dem Wesen dieses Vergesellschaftungsprinzips fragen. Denn dann scheint das besondere Verhältnis von Bürger, Gesellschaft und Staat auf, das ihm innewohnt. Mit dem Bürger ist hier der ›Sozialbürger‹ der gesellschaftlich aufsteigenden Arbeiter-

bewegung gemeint, der nicht mehr an der Erwartung der Krise des kapitalistischen Systems, sondern an seiner sozialen Durchdringung und gesellschaftlichen Integration orientiert war. Zwei Strömungen waren es, auf die man diese Figur der Sozialbürgerschaft, die heute noch im sozialstaatlichen Prinzip enthalten ist, beziehen kann. Zum einen die Idee der Sozialisten und Sozialreformer, dass der Mensch zum Maß des ökonomischen Prozesses zu werden habe, zum anderen jene kulturellen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die zwar von Sozialisten Ende des 19. Jahrhunderts als »Verbürgerlichung« kritisiert wurden, die aber dazu führten, dass die bürgerlich-revolutionären Ideen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität mit den antikapitalistischen Zielen der Arbeiterbewegung der Sozialreform in einer »zweiten Kultur« (Kuczyński 1981) verschmolzen. Vielleicht war in dieser bürgerlichen Transformation der Arbeiterbewegung die Idee des politischen Bürgers, die sonst in Deutschland nie recht zum Zuge kam, am ehesten enthalten. Zentral aber ist bis heute in diesem Zusammenhang, dass in jenem Zusammenspiel die bürgerlich-politischen Ideen ihre ökonomische und soziale Bindung erfuhren. An diese Bindung zu erinnern, ist angesichts eines gegenwärtig »freischwebenden« bürgergesellschaftlichen Diskurses wichtig.

Dass der Sozialstaat in diesem Zusammenhang bürgerlich-politische Freiheiten *garantieren* kann, ist in der bürgerrechtlichen Sozialstaatskritik unserer Tage nahezu untergegangen. Zu tief sitzt inzwischen die Karikatur eines Staates, der die Menschen von sich abhängig macht, indem er sie versorgt und sorglos gleichermaßen lässt, sie also gewissermaßen »entmündigt«. Insgesamt ist aber die bürgergesellschaftliche Diskussion um den Freiheitsbegriff relativ diffus. Sie will sich zwar absetzen vom wirtschaftsliberalen Begriff der Freiheit über den Markt und geht von Freiheitsspielräumen der Einzelnen aus, die ihnen individuelle Entfaltung ermöglichen und die dort, wo sie auf andere angewiesen sind, nicht nur ihre Grenzen, sondern auch die Chancen sozialer Transformation haben. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung – so das klassische Modell Émile Durkheims (1893/1988) – befördert zwar die Individualisierung des Menschen, lässt ihn aber auch gleichzeitig das soziale Angewiesensein auf andere existenziell spüren. Dennoch hat Durkheim nicht auf einen sozialen Automatismus vertraut, denn er wusste um die Brüche und Diskrepanzen zwischen ökonomisch-technologischer und sozialer Integration und die Eigengesetzlichkeit der Vergesellschaftung. Deshalb kommt auch schon bei ihm der Staat als Moderator und Gewährleister vor, der die Balance von bürgerlicher Individualität, Vergesellschaftung und sozialer Integration halten soll. Dennoch bleibt auch in diesem Modell der Begriff der Freiheit individualistisch, denn er steht für individuelle Kalkül, das soziale Angewiesensein auf andere dem eigenen Nutzen näher ist als dem Willen zur sozialen Verantwortung. Weder im Marktmodell noch in dem der Arbeitsteilung ist die Machtfrage thematisiert noch die historische Tatsache berücksichtigt, dass Freiheit nicht nur

ein naturrechtlicher und ethischer Wert ist, sondern Resultat entsprechender konflikthafter Formen der Vergesellschaftung.

Eduard Heimann wollte deutlich machen, dass Freiheit im modernen Kapitalismus sozial gesichert sein muss, soll sie nicht nur die Freiheit der materiell Unabhängigen sein. Gleichzeitig geht aus seiner Analyse hervor, dass sozial gesicherte Freiheit nicht dadurch entstanden ist, dass sie von oben gewährt wurde, sondern dass sie sich über die Austragung sozialer Konflikte entwickelt hat. Und hierbei ist wiederum wichtig, dass diese Konflikte – im Spannungsdreieck Kapital, soziale Bewegungen, Staat – sich nicht in partikularen Interessenkonflikten erschöpfen, sondern sich immer auch auf gesellschaftliche Vorstellungen von Gerechtigkeit und von Freiheit beziehen. Dies ist wohl der entscheidende Punkt bei der Rekonstruktion des Verhältnisses von Freiheit und sozialer Sicherheit; indem deutlich wird, dass dieses Verhältnis – das heute, in dem Ausmaß, in dem es institutionalisiert ist, als gewährtes und statisches erscheint – historisch gesehen ein dynamisches, konfliktträchtiges und zur Gestaltung drängendes ist. Sozialstaatliche Sicherheit in ihrer historischen Entwicklungslogik ist deshalb nicht nur Sicherung der sozioökonomischen Existenz von Individuen, sondern genauso ein Vergesellschaftungsprinzip, in dem die Freiheit des Einzelnen sozial transformiert, auf die Mitgestaltung des Sozialen gerichtet ist.

DAS MENSCHENBILD ZWISCHEN ÖKONOMISIERUNG UND HUMANISIERUNG

Wie sich die soziale Idee in den Lebenswelten der Subjekte entwickeln kann, hängt vor allem davon ab, wie sie Konflikte erfahren können und inwieweit diese Konflikte sozial anerkannt sind. Das entscheidet sich im Verlauf des Sozialisationsprozesses. Folgt er einer eigenen Logik menschlicher Entwicklung vom Kindes- und Jugendalter an oder unterliegt er früh den Verwertungsbedingungen des Kapitals? Die Konfliktstruktur des Sozialpolitischen Prinzips bildet sich also auch im Sozialisationsprozess ab. Wir fassen dies in ein Grundmodell des Gegensatzes wie der Vermittlung zwischen Sozialisations- und Produktionslogik. In der Bildungswelt ist es der Gegensatz zwischen den Bildungszielen des autonomen und des ökonomisch verwertbaren Menschen. In der betrieblichen Welt stellt sich nicht nur das konfliktreiche Problem der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, sondern vor allem auch die Frage, inwieweit die Arbeitsorganisation den Menschen determiniert oder ihm auch selbstbestimmten Raum ermöglicht. Mit der digitalen Technik und ihren neuen Medien ist eine Welt hinzugekommen, in der die Bilder die Sprache und damit den Konflikt zu verdrängen drohen. Die Analyse dieser Welten als Lebens- und Konfliktwelten wird damit zum Bestandteil sozialpolitischer Analyse, wird zur Frage danach, unter welchen Bedingungen die soziale Idee unter den Subjekten wachsen und sich entfalten kann und ob bzw. wie soziale Konflikte als sozial notwendig erfahren und ausgetragen werden können.

SOZIALISATIONSLOGIK UND PRODUKTIONSLOGIK

Die Art und Weise, wie Sozialpolitik auf den Menschen einwirkt und welches implizite Menschenbild in das sozialstaatliche Modell eingelassen ist, lässt es unseres Erachtens durchaus zu, von einer *sozialstaatlichen Sozialisationsweise* zu sprechen. Schon die sozialstaatliche Rahmung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen rahmt die Familie als Sozialisationsinstanz und verleiht ihr die Rolle einer Institution der Basissozialisation. Vorgezeichnet wie vorherrschend ist dabei eine *sozialintegrative Sozialisationslogik*, nach der das Hidden Curriculum der Bildungsinstitutionen, aber auch die Statuspassagen im Lebenslauf strukturiert und in gewissem Sinne auch programmiert sind. So war mit dem Jugendmoratorium – in der sozialen Wirklichkeit zwar nicht allgemein erreicht, aber doch sozialstaatlich und bildungspolitisch institutionalisiert – ein Gestaltungs- und Experimentierraum geschaffen, in dem Jugendliche als Akteure sich lebensweltlich entfalten und erproben können, ohne besonders auf zukünftige soziale und berufliche Risiken achten zu müssen. Wir sprechen hier von einer *Entkoppelung von Sozialisations- und Produktionslogik*. Die Erwachsenensozialisation schließlich strukturiert sich um das Normalarbeitsverhältnis, von dem berufliche Identität im Besonderen und soziale Identität im Allgemeinen gespeist wird.

Diese durch das Spannungsverhältnis von Individualisierung und sozialer Integration gekennzeichnete Sozialisationsweise weist seit dem Ende des 20. Jahrhunderts im Übergang zur Zweiten Moderne deutliche Wandlungstendenzen auf. Der Individualisierungsprozess hat sich weiter intensiviert, gleichzeitig aber hat sich seine sozialintegrative Spannung abgeschwächt. Individualisierung entwickelt sich im Sog einer Risikogesellschaft, die mit der Erosion des sozialstaatlichen Rahmens den sozialintegrativen Sozialisationstyp in den Hintergrund drängt. Mit der Erosion des Jugendmoratoriums wie des Normalarbeitsverhältnisses hat der Lebenslauf an Struktur- und Perspektivstabilität eingebüßt. Mit der Entgrenzung der Jugend ist auch das Prinzip der Entkoppelung von Sozialisations- und Produktionslogik unterlaufen, die Risiken der neuen Arbeitsgesellschaft haben oft schon die Jugend erfasst. Im Prozess der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses gerät auch das System der Statuspassagen ins Wanken, offene Übergänge müssen je individuell bewältigt werden. Die Frage des Hineinwachsens in die Gesellschaft wird jetzt nicht mehr so sehr über den Fokus Sozialintegration, als vielmehr über das Prinzip *Selbstorganisation* gestellt: Es liegt an den Einzelnen, wie es ihnen gelingt, sozialen Anschluss zu finden und sich sozial zu behaupten; die weiterhin sozialstaatlich organisierte Gesellschaft gibt nicht mehr den Rahmen vor, sondern bietet nur noch Hilfestellungen an, für die sie Forderungen vorgibt. Es konturiert sich früh ein Sozialisationstyp, in dem Flexibilität, Selbstbehauptung und biografische Erfüllung spannungsreich ineinander übergehen.

In der Begrifflichkeit der *Sozialisationsweise* ist vor allem ausgedrückt, wie sich in Gesellschaften Sozialisationskontexte historisch herausbilden. Es geht um die Frage, inwieweit ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklungen auf einen bestimmten »Sozialisationsstyp« drängen. In diesem Sinne ist der sozial entbundene »*abstract worker*« die vor dem Hintergrund von gesellschaftlicher Individualisierung und ökonomischer Flexibilisierung »gelungene« Figur des ganz in der kapitalistischen Produktionslogik aufgegangenen Menschen. Es wird das Bild des arbeitenden Menschen entfaltet, der nicht nur funktional und instrumentell, sondern vor allem auch emotional in der Arbeit so aufgeht, dass er – gemäß dem ökonomisch-technologischen Gebot der Flexibilität – sich auch jenseits seiner sozialen Bindungen als erfüllt erlebt. Natürlich bleibt auch der »*abstract worker*« ein natur- und sozial gebundenes Wesen, ist entsprechenden Entwicklungen und Zyklen unterworfen, muss deshalb diese seine Grenzen im lebensweltlichen Bereich »unterbringen«, da die digitale Ökonomie darauf keine Rücksicht nimmt, weil sie den Menschen immer »auf den Punkt« beansprucht. Der Markt sucht den »fertigen« Menschen, ohne Rücksicht auf Entwicklungs- und Reproduktionszeiten. Den Halt, den auch der »*abstract worker*« als entwicklungsabhängiger und sozial gebundener Mensch braucht, muss er sich also in den privaten Lebenswelten der Familie und der lokalen Gemeinschaft suchen. Je unübersichtlicher die digitalisierte Arbeitswelt wird, je kontingenter die Lebens- und Karriereperspektiven, desto wichtiger wird der lebensweltliche Halt, desto mehr steigt die Sehnsucht nach Verlässlichkeit und gleichzeitig die Angst, sie zu verlieren. Der Ruf nach der Familie, in der man Geborgenheit findet, nach der Gemeinschaft von Seinesgleichen und nach verstärkter Kontrolle und Bekämpfung all dessen, was diese Haltepunkte bedroht, begleitet den Prozess der Intensivierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Damit wird ein Streben nach Handlungsfähigkeit freigesetzt, das zwischen sozialer Entbettung und sozialem Halt lavieren muss. Aufgefangen wird dies in den modularisierten Angeboten des Massenkonsums, in denen die prinzipielle Aufhebbarkeit sozialer Widersprüche und Konflikte suggeriert wird. Es wird vom »neuen Narziss« (vgl. Altmeyer 2004) gesprochen. Die Menschen inszenieren sich so, dass sie sich in ihrer Umwelt laufend selbst spiegeln, ohne dabei verbindliche soziale Beziehungen eingehen zu müssen bzw. zu können. Die Suche nach sozialer Anerkennung, die in den entbetteten Arbeitsbeziehungen immer fragil gehalten wird, erfüllt sich in diesem neuen Narziss. Man ist sich selbst der Haltepunkt und erliegt dabei dem sozialen Schein der Bespiegelung als gesuchter Form der sozialen Integration und Zugehörigkeit. Dieser neue Narziss ist nicht triebgesteuert, wie dies die traditionelle Psychoanalyse annahm, sondern baut sich interaktiv auf und steht im Sog der arbeits- und konsumgesellschaftlichen Dynamik: Zu spüren und wahrzunehmen, wie man sich im anderen spiegelt, wird zum Motor der Entwicklung einer fragilen Identität, die immer neu um Anerkennung heischen muss. Trat dieser Narziss

typischerweise in biografischen Umbruch- und Krisensituationen (wie z.B. in der Pubertät oder der Midlife-Crisis) verstärkt als Medium der Orientierung und Bewältigung auf, so wird dieses Phänomen heute im gesamten Lebensverlauf wiederkehrend registriert.

Der von der marktförmigen Logik von Arbeit und Konsum vereinnahmte Mensch – »*abstract worker*« und »*abstract consumer*« – ist unter der Hand zur Leitfigur der Sozialisationsweise der Zweiten Moderne geworden. Mit ihrer Durchsetzung aber gerät ein gleichsam vorausgesetztes Grundprinzip der Sozialisation ins Abseits, die lange Zeit im Sozialisationsdiskurs – insbesondere bezogen auf die Sozialisation des Kindes- und Jugendalters – als konstitutiv für die Sozialisationsweise in modernen industriellen Gesellschaften galt: die Entgegensetzung von *Produktionslogik* und *Sozialisationslogik*. Diese Entgegensetzung war und ist nicht willkürlich. Sie rekuriert darauf, dass der menschliche *Entwicklungsprozess* Aneignungs- und Zeitlogiken unterworfen ist, die denen des ökonomischen Verwertungsprozesses gegenläufig sind.

In den gegenwärtigen Sozialisationsdiskursen – vor allem in Bezug auf das Jugendalter – scheint sich allerdings eine Tendenz abzuzeichnen, die Entgegensetzung von Produktions- und Sozialisationslogik aufzulösen. Diese Entwicklung ist insofern gravierend, als ja gerade die Annahme dieser Differenz und Entgegensetzung konstitutiv für die bisherige Jugend- und Bildungsforschung war. Mit der Absetzung einer Sozialisationslogik gegenüber der Produktionslogik kapitalistischer Gesellschaften wurde auf die eigenen Entwicklungs- und Aneignungsräume verwiesen, die Kinder und Jugendliche im Prozess des Aufwachsens brauchen. Nun wird dagegen argumentiert, dass es sich hier um ein theoretisches Konstrukt der Jugendforschung gehandelt habe, das höchstens bei der bürgerlichen Jugend, nie aber bei der gesamten Jugend empirisch nachweisbar gewesen sei. Vielmehr sähe man heute, dass schon im Alter von zehn Jahren Kinder Arbeit und Produktion positiv erleben, gerade Schülerfirmen die Schule attraktiv machten und viele Schülerinnen und Schüler ihre Anerkennung weniger über die Schule, als vielmehr über außerschulisches Engagement und Arbeit erführen. Das aus der Annahme einer eigenen Sozialisationslogik heraus entwickelte und gesellschaftlich sanktionierte Jugendmoratorium würden heutige Jugendliche eher als Nachteil denn als Vorteil erleben: Viele von ihnen fühlten sich nicht dadurch privilegiert und in ihrer Entwicklung gefördert, dass sie von der Arbeitsgesellschaft »freigestellt« würden, sondern eher ausgeschlossen. Deshalb suchten sie ihre Identität in Lebensmustern, die der Produktionslogik folgten, und nicht in gegenüber der Arbeitsgesellschaft freigestellten Räumen. Da zur Produktionslogik auch der Konsum gehört und der Konsumentenstatus die Kinder und Jugendlichen in zwischen früh prägt, sähen es Jugendliche eher als Entwertung an, wenn sie von diesem Status ausgeschlossen würden.

Einzuwenden ist, dass dieser Diskurs an der Oberfläche des Verhaltens argumentiert und nicht in die Ambivalenzen der Bewältigungsdynamiken geht, genauso wenig wie er die Verdeckungen in der Entwicklung der historischen Sozialisationsweise erkennt. In der heutigen Gesellschaft hat sich – analog zur Entwicklung der neuen Produktionstechnologien – eine Produktionslogik entwickelt, die auf der einen Seite dem Waren- und Verwertungsprinzip in Bezug auf den Menschen treu bleibt, auf der anderen aber dem Arbeitnehmer als interaktivem Produzenten wie Konsumenten neue Freiheiten und Teilhabe verheißt. Jugendliche spüren das in ihrer Gegenwartsorientierung und in ihrem unbefangenen Zugang zu den neuen Technologien besonders und suchen nun auch dort die Orte, wo sie Anerkennung finden können. Die Produktionslogik des neuen Kapitalismus hat also eine implizite Sozialisationslogik entwickelt, die sie auch entsprechend anbietet. Damit ist aber die dialektische Spannung im Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft herausgenommen, der »abstract worker« und »abstract consumer« als Sozialisationsfiguren des neuen Kapitalismus bieten ein allseitiges Aufgehen in Arbeit und Konsum an. Sozialisatorische Konflikte aus der weiter bestehenden Spannung zwischen Subjekt und Gesellschaft, Mensch und Ökonomie, sind nun ins Private verschoben, von der öffentlichen Verhaltensebene abgedrängt. Damit entwickelt sich eine »hidden structure« der Sozialisation, ein Verdeckungszusammenhang, der nicht mehr in der Verhaltensdimension, sondern in den ambivalenten Bewältigungsdimensionen neu erkennbar wird.

Norbert Elias (1976) hat mit seinem zivilisationstheoretischen Konzept der Informalisierung die These verbunden, dass sich im Prozess der Modernisierung traditionelle und darin versäulte institutionelle Muster und soziale Verkehrsformen auflösen oder zumindest flexibilisieren und die Menschen nun die Freiheit haben, sich selbst zu regulieren und dabei zu sich selbst zu kommen. Die Informalisierung ist für ihn also eine Form der Intensivierung des Zivilisationsprozesses. In der Kritik dieses Konzepts wird dem entgegengehalten, dass

»die Informalisierung auch deswegen keine Intensivierung des Zivilisationsprozesses sein [kann], weil die partielle Entstrukturierung der äußeren Beziehungen mitnichten durch Strukturgewinne im Inneren der Subjekte kompensiert wird. [...] Weit davon entfernt, über die von den Zivilisationstheoretikern unterstellte Souveränität zu verfügen, [...] scheint das Subjekt eher zum Zerfall zu tendieren: Zur Spaltung in ein uneigentliches Selbst, das sich den externen Funktionsimperativen der organisierten Sozialsysteme anpasst und in ein eigentliches Selbst, das sich in den Intermundien dieser Systeme entfaltet und überall dort, wo es auf keine Schranken mehr stößt, den Impulsen seiner jeweiligen emotionalen Befindlichkeit folgt.« (Breuer 1995: 41f)

Nicht das kritische, sondern das ›getriebene‹ Subjekt steht hier zur Diskussion, die Entgrenzungen der äußeren Welt spiegeln sich in der Tücke der Bewältigungsdynamiken, denen der Mensch nun ausgesetzt ist.

Mit der Entwicklung eines Sozialisationsparadigmas vor dem Hintergrund der Trennung von Sozialisations- und Produktionslogik war ja auch der Versuch enthalten, das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft im Sozialisationsprozess zu bestimmen. Es sollte der Raum definierbar werden, den Menschen lebenszeitlich für ihre Entwicklung brauchen, eine Entwicklung, die in einer emanzipatorischen Spannung zur ökonomisch-technologischen Verwertungslogik gebracht werden sollte. Gerade das jugendtheoretische Paradigma, nach dem Jugendliche in der Zeit ihrer leibseelischen und sozialen Entwicklung und den damit zusammenhängenden Konflikten der Pubertät von der Gesellschaft separiert werden, um zu lernen und um auf späterer höherer Stufe wieder in die Gesellschaft integriert zu werden, hatte sich im 20. Jahrhundert im Modell des Bildungsmoratoriums empirisch niedergeschlagen. Mit den gesellschaftlichen Entgrenzungstendenzen zu Ende des 20. Jahrhunderts, von denen auch das Jugendmoratorium erfasst wurde, würde die Trennung von Sozialisations- und Produktionssphäre zwar nicht aufgehoben, aber zunehmend verwischt. Die Ökonomisierung des Bildungswesens im Kontext einer hoch individualisierten Wissensgesellschaft ließ es immer mehr zum Bewältigungsproblem der Einzelnen werden, die Balance zwischen Sozialisations- und Produktionslogik zu finden (vgl. Bröckling et al. 2000).

DIE SUBJEKTIVIERUNG DER ARBEIT

Während im Fordismus der Mensch vom entfremdeten Arbeiter zum zufriedenen Konsumenten transformiert werden sollte, erleben wir heute die nächste Stufe dieses Transformationsprozesses: die Transformation des Arbeiters zum selbstorganisierten »Arbeitskraftunternehmer«. Der Mensch, der qualifizierte Arbeit hat, soll nicht mehr nur zufriedener Konsument sein, er wird auch voll in die neuen technologischen Arbeitsvorgänge einbezogen. Nicht im Sinne der Mitbestimmung, sondern nach dem Prinzip der Selbstorganisation. Auch das Private wird nun entgrenzt, stärker in die Arbeitswelt hineingezogen, von ihr bestimmt, die »Durchkapitalisierung« der Lebenswelten, wie sie im Fordschen Konsumkapitalismus begonnen hatte (Familie als Konsumfamilie) wird weiter getrieben. Die nun entgrenzte Familie wird immer mehr Teil der neuen Arbeitsökonomie, kommt immer stärker in den Sog der Intensivierung der Arbeit. Die neue Flexibilisierung in der Figur des »abstract worker« hat zur Folge, dass die Arbeit für viele Menschen überhaupt nicht mehr aufhört. Damit ist auch eine Tendenz zur weiteren Entgrenzung der Familie in Gang gesetzt. Natürlich war die Familie in ihrer reproduktiven Funktion auch früher an den

ökonomischen Sektor gebunden, aber sie war lebensweltlich weitgehend von ihm abgetrennt, stellte eine eigene Welt dar. Im Fordismus wurde sie dann stärker eingebunden, aber es gab weiter die Aufteilung der Welten in Arbeit und Freizeit. Diese Aufteilung gibt es heute immer weniger. Arbeit und Freizeit gehen nicht nur ineinander über, das Verhältnis wird durch den neuen Prozess der sozialen Entbettung zunehmend raumzeitlich aufgelöst, denn die neuen Arbeitsvorgänge sind von Raum und Zeit weitgehend unabhängig. Arbeits- und lebensweltliche Räume vermischen sich.

Zwar wird die Erwerbsarbeitszeit kürzer, aber die außerbetriebliche »Bewältigungsarbeit« nimmt zu: Wie kommt man noch einigermaßen um die Runden, wie wird Schule begleitet, wie kann man der drohenden Verstetigung krisenhafter Lebensereignisse entgegensteuern? Die »außerbetriebliche Arbeit« hat in ihrem Charakter der funktionalen Beanspruchung des Bürgers eine ähnliche Qualität wie Erwerbsarbeit erhalten. Man kann nicht mehr so einfach machen, was man will, sondern man wird von diesen alltäglichen Beanspruchungen genauso in Trab und am Tätigkeitsband gehalten, wie dies beim Ablauf und Rhythmus der Erwerbsarbeit der Fall ist. Die Ökonomisierung der Privatbeziehungen schreitet in dem Maße voran, in dem auch die reproduktiven Bereiche in den Sog der Entgrenzung von Familie, Biografie und Lebenslauf geraten: Nachhilfe, Umschulung, Weiterbildung, Teilzeitmanagement, Freizeitkoordination. Dem »abstract worker« entspricht in gewisser Weise die »abstract family«, ihre Tätigkeiten und Beziehungen werden immer weniger privat, das heißt an den eigenen Raum und die eigene Zeit gebunden, sondern sie sind selbst in die Tendenz geraten, raumzeitlich entbettet zu werden. Leistung und biografische Erfüllung gehen beim »abstract worker« in eins. Es geht nicht mehr um Entfremdung, sondern um biografische Verschmelzung mit der leistungslibidinösen Erfolgskultur. Selbst das Scheitern ist in dieser Kultur für den Einzelnen rationalisierbar: Er muss seine biografische Erfüllung eben woanders suchen, er ist nicht gescheitert, der Job, so wie er ist, passt eben nicht auf ihn (vgl. Sennett 1998).

Dabei können sich längst nicht mehr alle Erwerbstätigen auf die Hintergrundunsicherheit eines *Normalarbeitsverhältnisses* verlassen, aus dem heraus sie sich in diesen wechselnden Dynamiken der neuen Arbeitswelt behaupten können. Das Normalarbeitsverhältnis als Korsett des durchschnittlichen Lebenslaufs – tendenziell lebenslang ausgeübter Beruf mit entsprechender tariflicher und sozialer Absicherung – gilt in Deutschland immer noch für weit über die Hälfte der Erwerbstätigen; europaweit macht sich diese Tendenz zur Erosion der Normalarbeitsverhältnisse deutlicher bemerkbar. Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnisse, Niedriglohn- und Mehrfachjobs als »untypische Arbeitsverhältnisse« nehmen zu. Es sind Arbeitsbedingungen, die – glaubt man den Arbeitgeberorganisationen – dem Flexibilitätsdruck der nun globalisierten Marktkonkurrenz geschuldet sind. Sie sind eingebettet in eine neoliberale

Ideologie, nach der die Arbeitnehmenden als Marktsubjekte auftreten, dort ihre Arbeitskraft anbieten und in »Projekte« selbstverantwortlich einbringen. Arbeitsorganisation und Regulierung von Arbeit werden in die Initiative der Subjekte verlegt. Sie sollen nun zwischen den Anforderungen und Risiken im Arbeitsprozess und in der Balance zwischen Arbeit und Leben selbst vermitteln können. Dies steht vor allem im Zusammenhang damit, dass Produktions- und Arbeitsprozesse nicht langfristig geplant und damit für die Einzelnen nicht mehr biografisch stabil sind, sondern in zeitlich befristete Projekte gegliedert werden, damit eine immer stärker verlangte Marktflexibilität gewahrt bleiben kann. Die Einzelnen sind nun für »ihr« Projekt verantwortlich. Auf den ersten Blick hat sich hier eine überraschende Koinzidenz der Interessen von Arbeitenden und Unternehmen entwickelt: Qualifizierte Arbeitnehmer entwickeln hohe Ansprüche an die Arbeit und die Unternehmen offerieren ihnen entsprechend anspruchsvolle und verantwortungshaltige Projekte.

Die Schattenseiten dieser Entwicklung zur »Subjektivierung der Arbeit« (vgl. Moldaschl/Voss 2003) sind aber nicht zu übersehen. Nicht nur, dass die Arbeitnehmer das Arbeitsplatzrisiko und die damit verbundene biografische Unsicherheit allein übernehmen, nachdem das Normalarbeitsverhältnis auch durch die Projektbefristungen tendenziell außer Kraft gesetzt ist. Es wird auch von ihnen verlangt, dass sie so in der Arbeit aufgehen können, dass ihre sozialen Bindungen vom Arbeitsverhältnis abgekoppelt bleiben. Der »abstract worker« ist gefragt. Zwar zeigen Untersuchungen, dass sich Bestrebungen der Subjekte aus dem Privaten heraus entwickeln, der Vereinnahmung durch die Arbeit Grenzen zu setzen. Doch sind diese Bestrebungen meist hoch individualisiert und biografisch begrenzt. Auch lassen sich hier geschlechtsdifferente Entwicklungen erkennen. Frauen sind von ihrer Reproduktionsorientierung her eher bestrebt, solche Grenzen zu setzen, während Männer sich oft noch stärker in ihre Verfügbarkeit ziehen lassen. Indizien dafür liefern Männerstudien, die zeigen, dass zwar der Wunsch vieler Männer, Familienarbeit kontinuierlich zu leisten und dafür von der Arbeit freigestellt zu sein, überproportional gestiegen ist, die Intensivierung der Arbeit bei hoher Gebundenheit der männlichen Identität an die Arbeitsrolle dies aber oft blockiert (vgl. Scholz 2010; Meuser 2009). Mit der Entgrenzung der Arbeit stellt sich die Frage nach den Möglichkeitsräumen im Alltag, die Grenzen zwischen Arbeit und Nichtarbeit zu definieren. In diesem Kontext wird davon ausgegangen, dass die traditionelle Erwerbsarbeit als solche zwar stetig abnehmen und technologisch substituiert werden wird, dass dieser Prozess aber nicht zwangsläufig zur entsprechend grassierenden Massenarbeitslosigkeit führen müsse. Vielmehr würden bisher übergangene oder neue Formen von Tätigkeit – Haus- und Eigenarbeit und Bürgerarbeit freigesetzt. Allerdings braucht es zur gesellschaftlichen Durchsetzung dieses Prozesses einer gesellschaftlichen Neubestimmung von Arbeit über die Erwerbsarbeit hinaus. Schon in den frühen 1980er Jahren favorisierte die alternativ-ökonomische Be-

wegung Lebenskonzepte, die auf eine selbstbestimmte Balance von Arbeit und Leben abhoben. Man suchte nach Möglichkeiten für Lebensarrangements, bei denen Arbeit einer anderen Rationalität als der industriekapitalistischen Verwertungslogik folgen sollte. Die in diesen Konzepten angestrebte Ermöglichung einer Lebensführung jenseits arbeitsgesellschaftlicher Normalitätsmuster erfordern jedoch gesellschaftliche Regulierungen im Sinne einer »Entkoppelung von Arbeiten und Essen« (Vobruba 1989) wie sie etwa in dem Konzept eines Grundeinkommens eingefordert wurden.

In der Welt der Betriebe kann die Subjektivierung der Arbeit zu Tendenzen sozialer Desintegration führen. Denn auch Anerkennungsverhältnisse werden subjektiviert und schaffen damit neue Konkurrenzkonstellationen vor allem zwischen jüngeren und älteren, zwischen belastbaren und weniger belastbaren Arbeitnehmern. Kollektive Arbeitsverhältnisse geraten aus dem Blick, das bekommen vor allem die Gewerkschaften durch Mitgliederschwund zu spüren. Man kommt nur noch über das Unternehmensprojekt sozial zusammen und nicht mehr über die geteilte Erfahrung der Arbeitsverhältnisse. Dieser organisatorische Prozess der Subjektivierung der Arbeit wird flankiert von der ideologischen Durchsetzung eines neoliberalen Vergesellschaftungsmodells von Arbeit, das die Bürger selbst nicht nur zu verantwortlichen Akteuren der Arbeitsprojekte erklärt, sondern vor allem auch zur Eigenverantwortung für die Chancen wie Risiken ihrer arbeitsgesellschaftlichen Integration verpflichtet. Er soll jenseits sozialstaatlicher Regulationspolitik in eigener Verantwortung agieren und wird so zum »Unternehmer seiner Arbeitskraft« erklärt:

»In der Humankapitaltheorie werden die Einzelnen als Teilnehmer des Arbeitsmarktes definiert. Sie spielen hier eine Doppelrolle. Sie sind zum einen Arbeitskraft und zum anderen Bürger, die die Arbeitskraft als Humankapital besitzen. Die Arbeitskraft gleicht dinglichem Kapital darin, dass über sie instrumentell verfügt werden kann. Der Humankapitaltheorie zufolge liegt die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft bei den Bürgern selbst.« (Lehnhart 2001: 316)

Protagonisten des Humankapitalansatzes sehen darin eine Befreiung der Bürger aus der sozialstaatlichen Zuweisung ihrer Arbeitsmarktchancen. Sie wollen den Sozialstaat dagegen allein in die Pflicht nehmen, als Dienstleistungsstaat über das Bildungssystem den einzelnen Bürgern die Chance auf eine arbeitsgesellschaftliche Integration zu erhöhen. Kritiker sehen darin eher einen nationalgesellschaftlichen Niederschlag des global induzierten Wettbewerbs (vgl. Lauder et al. 2006). Die arbeitsgesellschaftlichen Erreichbarkeitsmodelle würden zu individuellen Akkumulationsentwürfen von Humankapital umdefiniert. In einer umfangreichen Fallstudie (Tiefeninterviews) mit Beschäftigten aus der IT-Industrie (Boes et al. 2012: 133) werden die psychosozialen

bis gesundheitlichen Belastungen sichtbar gemacht, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind. Die Subjektivierung der Arbeit beginnt hier vor allem damit,

»dass unter dem Druck des Wettbewerbs Unternehmensziele top-down auf die einzelnen Bereiche heruntergebrochen werden. Diese werden in einer Vielzahl zahlengestützter Informationssysteme dokumentiert, die schließlich im Sinne von Controlling zur anschließenden Prüfung der Zielerreichung dienen [...]. Zentraler Ausgangspunkt dieses Prozesses sind in der Regel die vermuteten Anforderungen und Benchmarks prinzipiell kontingenter Märkte.«

Die Kontingenz der Märkte vor dem Hintergrund verschärfter globaler Wettbewerbskonstellationen bringt immer wieder neue Unsicherheiten und Instabilitäten in die Arbeitsorganisation wie in die Beschäftigungsverhältnisse überhaupt und verstärken den Druck, sich ständig neu bewähren zu müssen. »Unter dem Eindruck des Systems permanenter Bewährung wird es für die Befragten immer schwieriger, eigenständig Grenzen zu ziehen.« (Ebd.: 137) Die Forschungsgruppe konstatiert in diesem Zusammenhang die Gefahr des »Verlust(s) des Kohärenzsinn(s)«, das heißt des nach salutogenetischer Auffassung zentralen Gefühls des Vertrauens in die eigene Handlungsfähigkeit, das sonst gleichsam als »inneres Schutzschild« in kritischen Belastungssituationen fungiert (ebd.: 138f.). Betriebliche Anerkennung muss trotz längerer Betriebszugehörigkeit immer neu erworben werden, man muss sich jedes Mal wieder bewähren. Dadurch ausgelöste »Gratifikationskrisen« (vgl. Siegrist/Marmot 2008) schränken die Arbeits- und Lebenszufriedenheit ein.

DER MENSCH ALS TRÄGER VON HUMANKAPITAL

Vor dem Hintergrund der Subjektivierung der Arbeit hat die neokapitalistisch gepolte Gesellschaft nicht mehr die Bildbarkeit des Menschen, sondern seine Lernfähigkeit, Träger und Optimierer der Ressource Wissen zu sein, im Blickpunkt. Der »*abstract worker*«, der sich mit seinem Wissen sozial ungebunden anzubieten hat, schiebt sich als Leitbild in den Vordergrund: »Subjekttheoretisch wird hierbei der bildungstheoretische Topos der Selbstvervollkommenung des Subjekts als teleologischer Bezugspunkt des Bildungsbegriffs von der Figur des funktional unspezifischen, flexiblen Subjekts abgelöst, das auf Grund bestimmter Schlüsselkompetenzen in unterschiedlichen Kontexten agieren kann.« (Höhne 2003: 99)

In dieser Humankapital-Perspektive wird Sozialisation zum individuellen Akkumulationsentwurf von Humankapital definiert. Konfliktorientierte und lebensaltertypische Lern- und Bewältigungsmodelle haben hier keinen Platz mehr. Der britische Bildungswissenschaftler Brown sieht in dieser Program-

matik Bildung und Verwertung, Bildungswettbewerb und ökonomischen Wettbewerb zusammengeführt:

»Da die Qualität des Humankapitals einer Nation Gegenstand globaler Vergleiche ist, von denen Unternehmen wiederum ihre Investitionsentscheidungen abhängig machen, hat die Anhebung des Qualifikationsniveaus der gesamten Bevölkerung absolute Priorität gegenüber Debatten über Probleme der Angleichung von Lebenschancen.« (Brown 2004: 244)

Auf der anderen Seite verweisen die Protagonisten des Humankapitalansatzes darauf, dass die bloße Kritik der Verwertungsbezogenheit doch die darin auch gemeinte Perspektive der Kompetenzentwicklung übergehe, in der subjektive Bewältigungs- und berufliche und soziale Integrationsperspektive aufeinander bezogen werden können. Kompetenzen wie vernetztes Denken, Teamfähigkeit und Konfliktmanagement enthielten doch die Aufforderung, das individuelle Vermögen und die sozialen Kontexte der Erreichbarkeit immer wieder neu – über den gesamten Lebenslauf hinweg – aufeinander zu beziehen.

Dennoch bleibt es eine verwertungszentrierte Ausschöpfung des Humankapitals wie sie sich in jenem Bild der Verschmelzung von ökonomischer und pädagogischer Form darstellen lässt, wie es Thomas Höhne in seiner »Pädagogik der Wissensgesellschaft« (2003) gekennzeichnet hat:

»So scheint die neoliberale Formation sich durch eine Versöhnung von Markt und Individuum auszuzeichnen. Begriffe wie ›Kreativität, Verantwortungsbereitschaft, Loyalität, Kommunikativität, Begeisterungsfähigkeit, Leistungswille usw.‹ [...] deuten auf eine neue Synthese bzw. ein Prinzip hin, das man als ›inneren Markt‹ beschreiben könnte. Nur auf dem Markt, so scheint es, kann das gesamte Spektrum an Möglichkeiten und Fähigkeiten der Individuen ausgeschöpft werden [...]. Der Markt ist dabei nicht mehr länger das Außen der Gesellschaft, sondern wird zum zentralen Ort der Bildung sozialer Identitäten und Differenzen. [...] Dabei geht es nicht nur um eine höhere Vernutzung von Arbeitskraft, sondern auch um ein neues Selbst-Ethos. Althergebrachte Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, Geldverdienen und Selbstverwirklichung, d.h. allgemein zwischen fremd- und selbstbestimmten Bereichen sollen aufgehoben werden.« (Ebd.: 236f.)

In dem Maße, in dem nun der technologisch vorangetriebene und globalisierte Kapitalismus nicht mehr auf massenhaftes wie nationalgesellschaftlich begrenztes Humankapital angewiesen ist, droht die bisher für den Bildungsprozess als konstitutiv betrachtete Spannung zwischen persönlichkeitsbezogener Bildung, verwertungsorientiertem Wissen und politisch-gesellschaftlicher Beteiligung sich aufzulösen. Es wird von einem »Bruch zwischen Bildung und Wissen« (Wimmer 2002) gesprochen.

Lernen wird damit stärker als Sozialisationskontext definiert, in dem sich die gesellschaftliche Entwicklung in die Person vermittelt, wobei die ökonomisch-technologische Aufforderung vor dem Selbstbezug des Subjekts steht. Dies kann an der Programmatik des »Lebenslangen Lernens« dargestellt werden, die seit einiger Zeit die bildungspolitische Szene beherrscht: »Konzepte Lebenslangen Lernens oder Vorstellungen von Kompetenz greifen auf die ›ganze Person‹ zu. Ein Effekt ist, dass sich die Grenzen von privat/öffentlich bzw. Lebenswelt/System verschieben, um nicht zu sagen: systematisch aufgelöst werden.« (Höhne 2003: 105) Sozialisations- und Produktionslogik gehen auch hier ineinander über. Der biografische Bewältigungsdruck, der diesen Prozessen innewohnt, bleibt dabei verdeckt (vgl. auch Hof 2013). Denn jedes Umlernen ist mehr oder weniger – je nachdem, ob ein Arbeitsplatz gehalten oder gewechselt werden muss – mit biografischen Integritätsproblemen verbunden: Kann ich auf dem aufbauen, was ich bisher gewusst und getan habe, oder ist dies – bin ich – nichts mehr wert? Entsprechende Erfahrungen aus der betrieblichen Sozialarbeit zeigen, dass der Bewältigungsdruck nicht erst mit dem kritischen Ereignis der Umsetzung oder Konfrontation mit neuen Arbeitsanforderungen beginnt, sondern schon lange vorher betriebs- und sozialklimatisch von den Menschen gespürt wird. Dies wirkt nicht nur als Stress, weil die verselbstständigte Logik von Rationalisierung und Digitalisierung, die hinter Personalabbau und Umsetzung steht, für die Einzelnen nicht mehr durchschaubar ist, sondern vor allem auch, weil es der Logik der sozial eingebetteten Arbeits- und Lebenserfahrung zuwiderläuft. Ein pädagogischer Diskurs zum lebenslangen Lernen, der diesen Bruch nicht kritisch thematisiert, sondern nur anpassungsorientiert geführt wird, wird sich deshalb genauso vom Menschen entfernen wie der ökonomisch-technologische Prozess selbst.

DER MENSCH IN DER KONFLIKTLOSEN WELT DER BILDER

Im Technikdiskurs der Soziologie wird die Entgrenzung der Technik als Transformationsprozess und darin als qualitativer Sprung von Technik I zu Technik II beschrieben: In der

»Welt der Technik I, das ist die Welt der Maschinen, [geht] die Anwendung mit systematischen Regeln einher [...]. Wir haben es also mit einer Welt zu tun, in der es um berechenbare Verhältnisse geht. Wenn wir heute von Fordismus und Taylorismus sprechen, so sind es gerade diese regelhaften Verhältnisse, die ins Auge springen. Absetzend dazu fällt für die von uns unterschiedene Technik II auf, die wir als ergebnisoffene Technik betrachten, dass es an klaren, eindeutigen Regeln der Benutzung fehlt. Sie wären auch gänzlich unangebracht, denn ergebnisoffene Technik agiert mit offenen Grenzen, ist nach vielen Seiten anschlussfähig, bietet ihre Dienste einem erweiterten Kreis poten-

zieller Benutzer an. Von daher versteht sich auch, dass klassische Grenzziehungen, wie die zwischen Arbeit und Nichtarbeit ebenso überholt sind, wie die zwischen den Konsumenten und den Produzenten einer Dienstleistung.« (Tully 2003: 97)

Zwar bestehen die herkömmlichen technologischen Strukturen weiter. Sie werden aber nicht nur durch die Möglichkeiten von Technik II erweitert. Vielmehr hat sich aus dieser heraus eine neue technologische Sphäre entwickelt, die nicht nur das Verhältnis der Menschen zur Ökonomie, sondern auch die Alltagswelt in ihren sozialen Beziehungen tangiert.

Technik II arbeitet nicht mehr mit der Sprache, sondern nur noch mit Bildern.

»Die Kraft der Bilder beruht darauf, dass sie wie Wirklichkeit und nicht wie verschlüsselte Zeichensysteme wahrgenommen werden. [...] Eindeutige Zwecksetzungen geraten bei der Verwendung von Technik II aus dem Blick. An deren Stelle tritt erlebte Vielfältigkeit. Zu den Konsequenzen dieser Entwicklung zählt der Verlust von Bestimmtheit. Es wächst der Orientierungsbedarf. Das Leben in der Moderne ist eine Aufforderung zur fortlaufenden Selbstkontextualisierung. Technik wird ambivalent, sie ist innen und außen, Fakt und Ästhetik, Symbol und Zweck, Emotion und Kalkül. [...] Statt Differenzen, die beständig erzeugt werden, gilt das Interesse [...], Identitäten und Übereinstimmungen. Die nicht mehr wahrgenommene Akzentverschiebung vom Zweck hin zum Effekt lebt davon, dass scheinbar alle dasselbe wollen. Es gibt keine konkurrierenden Zwecke mehr, sondern Offerten, die interessant sind, und solche, die nicht von Interesse sind.« (Ebd.: 211)

Dabei darf man sich das nicht mehr wie im herkömmlichen kulturkritischen Verständnis von Technik vorstellen, dass die technologischen Effekte auf den Menschen einseitig »einwirken«; vielmehr baut sich in Technik II eine gleichsam parasoziale Form der Interaktion auf, die das Subjekt von vornherein einbindet. Die Emotionalität der Bilder, ihre Offenheit und funktionale Unbestimmtheit bilden ein Anziehungsfeld, in dem vor allem Jugendliche in ihrer Identitätssuche experimentieren können. Die neuen elektronischen Medien bieten Module an, die die Lücken und Brüche, die in den konkreten sozialen Beziehungen entstehen, parasozial füllen können und somit sozialen Anschluss und Anerkennung verheißen. Die Bilder werden affektiv zur Wirklichkeit in Bezug gesetzt und beeinflussen entsprechend die soziale Wahrnehmung und die Wahrnehmung von sich selbst. Durch die parasoziale Dynamik der Abstraktion, die vom digitalen Medium ausgeht, werden die Menschen in einen anderen Bezug zur Welt gebracht. Indem die Möglichkeiten der neuen Technologien heute »verwendungs- und ergebnisoffen« (Tully) sind, können sie sich mit den Menschen verbinden, in menschliches Handeln so eingehen, dass sie dieses in einer Weise formen, dass die Menschen glauben können,

dass sie selbst diese Formung in der Hand haben. Die traditionelle technische Orientierung war und ist funktionsorientiert, sie richtet sich an entsprechenden Bezügen aus. Die im Banne der neuen Technologien stehenden sozialen Orientierungen sind nicht mehr an vorgegebene Konzepte und Verhältnismäßigkeiten gebunden. Wechselnde Bilder setzen Emotionen frei. Es zählt, was dem Individuum situative oder biografische Erfüllung verspricht. So können sich Wahrnehmungsmuster entwickeln, die nicht mehr sozial distinktiv sind, sondern sich eben an dem orientieren, was gefällt und was nicht gefällt.

Damit eröffnet sich gerade für Jugendliche ein Bewältigungskosmos, der ihnen besonders zugänglich ist. Selbstwirksamkeit und Anerkennung scheinen sich zunehmend in dieser technisch-konsumtiven Offenheit und Erreichbarkeit zu erfüllen und orientieren sich weniger am Sozialen.

»Je mehr die Gesellschaft auf technische Innovationen setzt, desto weniger erscheint sie sozial formbar. Berufliche Sicherheit ist nur bedingt erreichbar; sich in technische Netze einzuklicken und technische Innovationen ins Haus zu holen, auf der Welle des Virtuellen im kommunikativen »Chat« durch die immer globaleren Welten zu surfen hingegen ist einfach. Absehbar verschwimmt so ganz unbemerkt die Unterscheidung zwischen Sozialem und Kommunikationstechnologie. Die technische Welt bietet Optionen an und macht die Teilhabe wiederum von der Verfügbarkeit der Technik abhängig.« (Tully 2003: 112)

Die Ökonomie hat diesen Zusammenhang längst vermarktet. Produkte und Dienstleistungen werden offensichtlich weniger über ihre Funktionen, als vielmehr über ihre »Erlebnisfolgen« angeboten. Das Produkt wird zum Event, das von den Kommunikationsmedien – und eigentlich nicht in der Fabrik – erst endgültig »produziert« wird. Der »physische Marktplatz« verschwindet zugunsten des virtuellen, in dem die Ware mit ihrem Bild verschmilzt (vgl. Haug 2001: 183f.).

»Wenn Texte von Bildern verdrängt werden, dann erleben, erkennen und werten wir die Welt anders als vorher: nicht mehr eindimensional, linear, prozessual, historisch, sondern zweidimensional, als Fläche, als Kontext, als Szene. Und wir handeln auch anders als vorher: nicht mehr dramatisch, sondern in Beziehungsfelder eingebettet.« (Flusser 1992: 9)

Strukturelle Konflikte werden aufgelöst, in Beziehungskonflikte umgewandelt. Nicht von ungefähr hat sich die mediale Szene zu einer emotional gefühlten Welt der persönlichen Beziehungen entwickelt, die in interaktiv inszenierten Shows und Soaps in Bewegung gehalten werden kann.

Die Sozialform des flexiblen Menschen, des »*abstract worker*« und des »*abstract consumer*«, der der digitale Kapitalismus bedarf, kann nun in Modulen pa-

rasozialer Interaktion so angeboten werden, dass sie als Subjektform gestaltbar und lebbar erscheint. Dass die Interaktionen nicht in einem körperlich-sozial geteilten Raum stattfinden, sondern in digitalisierten Settings, erscheint als Bewältigungsvorteil: Ich muss mich nicht im Sinne einer konflikthaften An-eignung »auseinandersetzen«, sondern kann identitätshaltige Module »nach Belieben« konsumieren. Damit kann sich eine parasozial vermittelte biografi-sche Gegenwelt zum sozialen Konflikt auf-tun, aus der heraus dieser nicht mehr als Medium der Entwicklung und Gestaltung der sozialen Welt erkannt werden kann. »Das Internet ermöglicht, soziale Ängste und ganze Konfliktge-schehen auf lange Zeit affektiv abzuspalten.« (Wenzel 2013: 86)

JUGEND – POLITISCHE GENERATION UND SOZIALE IDEE

Jugendliche und junge Erwachsene haben in den modernen industriellen Ge-sellschaften des 20. Jahrhunderts bis heute immer wieder eine besondere Rolle gespielt, wenn es um die Belebung der sozialen Idee in ihrem antikapitalisti-schen Gehalt ging. Der soziale Aufstieg der Jugend begann in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Die kulturelle und soziale Modernisierung wurde in der Weimarer Gesellschaft vor allem von der Jugend getragen: Die Jugend lernte die neuen Berufe, sie strömte in das nach der Weimarer Verfassung of-fene Bildungs- und Ausbildungssystem und wuchs in einen modernen Rhyth-mus von Ausbildung, Arbeit und Freizeit hinein. Das äußerte sich unüberseh-bar und massenhaft in bislang nicht gekannten öffentlichen Verhaltens- und Konsumstilen. Es fiel damals schon der Begriff der »individualisierten« Ju-gend, einer Jugend, die aus ihrem traditionellen sozialen Herkunftsmilieu herausstrebt, gleichsam »freigesetzt« wurde. Die allgemeine Bildungs- und Berufsorientierung löste die Jugend aus ihren mittelschichtigen und proleta-rischen Herkunftsmilieus. Der Berufsstolz rangierte nun vor dem proleta-rischen Klassenstolz (vgl. Lazarsfeld 1931). Freizeit und Konsumorientierung vor der patriarchalischen Sittenautorität der bürgerlichen Mittelschichtfamilie. Diese Jugend fühlte sich nicht über jugendgemäße Ideale – so wie zu Zeiten der Jugendbewegung – selbstständig, sondern über eigenes Einkommen und eigene Verhaltens- und Gesellungsräume. Sie wandte sich nicht innerlich ab von der Moderne; im Gegenteil: Sie ging in ihr auf, nutzte sie, verstand sich über sie. Dies hat damals vor allem den Soziologen Karl Mannheim (1928) in-spiriert, die »junge Generation« als eigenständige soziologische Kategorie zu fassen. Er sprach von der »spezifischen Vitalität« der Jugend: »Die Jugend ist ihrer Natur nach weder fortschrittlich noch konservativ, doch zufolge der in ihr schlummernden Kräfte zu allem Neuen bereit.« (Mannheim 1965: 62) Ju-gendliche sind nach diesem Bild noch nicht in den Status quo der herrschen-den Ordnung verstrickt, sie treten gleichsam neu aus der Familie heraus in

die Kultur der Gesellschaft ein, sie haben noch keine festen gesellschaftlichen Interessenbindungen. In dieser Möglichkeit des jungen Menschen, in die Gesellschaft der festen Institutionen und Rollen einzutreten, ohne auf deren Geschichte Rücksicht nehmen zu müssen, in ihrem Noch-Nicht-Gewöhnt-Sein an den gesellschaftlichen Status quo ist die lebensaltertypische Bereitschaft Jugendlicher angelegt, mit allem zu sympathisieren, was im sozialen Sinne dynamisch und/oder unetabliert erscheint. Diese Sympathie überträgt sich dann oft auch auf Gruppen, die von ihren Lebensformen her eine wie auch immer gerichtete soziale Gegenordnung symbolisieren. Dieses optimistische Bild von der politisch sensiblen jungen Generation ist seit den 1990er Jahren verblasst. Nur: Im Gegensatz zur jungen Generation der 1968er und 1970er Jahre, die noch in die gesellschaftliche Absicherung und biografische Verlässlichkeit einer bildungsoptimistischen Jugendphase eingebettet war und aus dieser Hintergrundsicherheit heraus politisch werden konnte, haben die neueren Jugendgenerationen diese Hintergrundsicherheit nicht mehr. Eher spüren viele ein biografisches Ausgesetztsein angesichts einer Jugendzeit, in die immer wieder alltägliche Bedrohungen durch Bildungskonkurrenz und Statusangst latent hineinspielen.

Adoleszenzkrisen werden aber weiterhin Antriebe für kritisches Jugendverhalten sein. In welche Richtung sich nun aber dieses Verhalten bewegt, hängt von den jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Konstellationen ab, in denen sich Jugendliche und ihre soziale Umwelt entwickeln. Deshalb darf die Mystifizierung der »politischen Jugend« der 1968er nicht verdecken, dass auch in der »pragmatischen« Jugend der Jugendstudien der 1980er, 1990er und der 2000er Jahre immer wieder neue lebensaltertypische kritische Antriebe hervortreten. Die Chance der Vitalität der Jugend besteht eben darin, dass Jugendliche vom gesellschaftlichen Status quo noch unbefangen, aber auch von ihren physisch-psychischen Antrieben her noch unverbraucht gesellschaftlich Neues oder Abweichendes ohne Rücksicht auf das Althergebrachte risikoreich und experimentell ausleben können. Allerdings wird in der Jugendforschung seit einigen Jahren davon ausgegangen, dass der Jugend heute aufgrund ihrer hohen Individualisierung die gemeinsame identitätsstiftende Generationsorientierung abgeht, aus der frühere Jugendgenerationen ihre politische Antriebskraft geschöpft hätten (vgl. Kohli 2007). In den periodischen Jugendstudien gelänge es immer weniger, eine eigene gesellschaftliche Generationseinheit Jugend zu präsentieren. Die in der Individualisierungsdynamik auf sich gestellten Jugendlichen gerieten leicht in eine Selbstständigkeitsfalle: Einerseits sind sie im postmodernen Vergesellschaftungsprozess auf eine Art und Weise freigesetzt, in der sie früh soziokulturell selbstständig werden; andererseits spüren sie den gesellschaftlichen Druck, sich zurückzunehmen, die Dynamik der Adoleszenz zu unterdrücken. Die Jugend scheint nicht mehr neu in die Kultur einzutreten, sie reibt sich immer weniger an der Erwachsenengesell-

schaft, sondern sucht früh, sich in ihr zu verbergen, in ihr unterzukommen. Dies aber bringt sie unter Druck. Die Jugendlichen müssen einen eigenartigen Spagat versuchen: So lange wie möglich in der Familie bleiben, aus der man sich eigentlich ablösen soll, gleichzeitig jugendkulturell experimentieren können und sich dennoch so elastisch wie möglich in die Gesellschaft einfädeln, an der man sich nicht mehr richtig reiben kann. Viele übernehmen früh das Mithalte- und Flexibilisierungsmodell, das die Ökonomie der wachsenden Gesellschaft vorgibt. Die Bereitschaft zum Neuen und die jugendkulturelle Unbefangenheit spielen sie dann nicht mehr im Bereich des Politischen ab sondern in der Anwendung neuer Technologien, mit denen sie unbefangener und spektakulärer umgehen können als die Erwachsenen.

Die Mehrheit der Jugendlichen in der deutschen Gesellschaft der 2010er Jahre möchte einen guten, sinnvollen Beruf ausüben, aber nicht in einen Karrierestress geraten, sondern genug Zeit und Energie für Freizeit und Familie haben. Eigenes Wohlbefinden, der Wunsch nach einem guten Leben, steht an erster Stelle. Da sie Orientierung in einer konfliktreichen Welt suchen, ziehen sie in der Mehrheit für sich selbst ein angepasstes Leben ohne stressigen Generationenkonflikt vor (vgl. jugend 2015; sinus 2016). Die älteren haben sich an die neuen Formen der Arbeitsorganisation gewöhnt, an die befristeten Projektverträge und Zeiten prekärer Beschäftigung, und warten geduldig, aber durchsetzungsorientiert auf ihre Chance, sich in der Berufswelt einen Platz zu erobern. Eine pragmatische Generation, die »egotaktisch« denkt. Diese Einstellung bekommen schon die Schulen zu spüren. Schüler dieses neuen Sozialisationstyps der Generation Y (why?) hinterfragen den gesetzten Bildungsanspruch der Schule, sehen sie eher als pädagogische Dienstleistungsanstalt und huldigen einem Kosten-Nutzen-Denken. Im Vordergrund steht ein Bewältigungsmuster, in das junge Männer wie junge Frauen hineinwachsen: Ein verhohlener Typ des flexiblen »Sich-Durchsetzens«, auf den hin sich vor allem Teile der Gymnasialjugend bewegen. Es geht nicht mehr um Bildung, sondern um Strategie (vgl. Hurrelmann/Albrecht 2014).

Unternehmen und Verwaltungen wollen diesem Generationstyp entgegenkommen und ihm die Work-Life-Balance erleichtern. Die digitalen Techniken ermöglichen das teilweise Arbeiten zu Hause, Unternehmen versuchen, eine familiäre Atmosphäre in den Betrieb zu bringen, Arbeitszeiten zu flexibilisieren. Inwieweit sich die jungen Leute in dieser Haltung gegen den Externalisierungs- und Beschleunigungsdruck der Ökonomie »auflehnen« und ob man deshalb diese Einstellung als »politisch« bezeichnen kann, wird eher kontrovers bewertet. Wenn wir allerdings den Maßstab des Heimannschen Modells anlegen, dann finden wir die entsprechende Grundstruktur – wenn auch nur ansatzweise – wieder. Die nun wissensbasierte industriekapitalistische Gesellschaft ist auf wissensbasierte intelligente Arbeitskraft angewiesen und muss

sich deshalb gegenüber den Arbeitenden und ihren weitergehenden Interessen öffnen.

Dennoch bleibt die politische Potenzialität einer Jugend, die immer wieder aufbrechen kann und die aus einer Entwicklungsphase schöpft, die unter dem Zeichen der Ablösung steht und vom Neuen angezogen ist. Man braucht hier nur in andere europäische Länder zu schauen. Die Jugendforschung ist hier zwar geteilter Meinung und erinnert an Karl Mannheim, der ja davon gesprochen hat, dass die Jugend allem »Neuen« gegenüber aufgeschlossen ist und dass dies nicht unbedingt das Politische sein muss. Vielmehr sei doch bei vielen Jugendlichen die Technik an die Stelle der Politik getreten, verbinde sich für sie die Vorstellung von revolutionären Inhalten eher mit technischen Innovationen. Damit bewegten sie sich in einer konfliktlosen Welt. Gleichzeitig gibt es aber immer noch und immer wieder genügend Jugendliche und junge Erwachsene, die den aktiven Kern von sozialen Initiativen und Bewegungen bilden.

DIE BIOGRAFISIERUNG DES FORTSCHRITTS

In Heimanns Konzept des Sozialpolitischen Prinzips steckt ein gesellschaftliches Fortschrittsmodell, das seine Antriebskraft aus der Spannung zwischen ökonomisch-technologischer Innovation und sozialer Emanzipation des Menschen bezieht. Diese Spannung scheint der digitale Kapitalismus tendenziell außer Kraft zu setzen. Das soziale Fortschrittsdenken scheint sich inzwischen vom Gesellschaftlichen abgewandt und biografisiert zu haben. Die Ressourcen, die im Einzelnen stecken und die man selbst zur Entfaltung bringen muss, sind in den Vordergrund getreten. Gleichzeitig scheint die Perspektive des ökonomisch-technologischen Fortschritts vom Sozialen nicht nur abgetrennt, sondern diesem gegenüber geradezu konträr. Ökonomische Innovationen gelten als fortschrittlich, auch wenn sie sozial destruktiv sind und Arbeitslosigkeit und Überflüssigkeit von Menschen erzeugen. Dies verstärkt den Druck zur Biografisierung des Fortschritts: Am Fortschritt teilhaben heißt Mithalten um jeden Preis, da es keine selbstverständliche sozialintegrative Perspektive gibt. Bildung in der digitalisierten Industriegesellschaft wird so vom Gemeinschaftsgut zur Produktivkraft oder Industrieressource, die jederzeit aktivierbar und konkurrenzfähig gehalten werden muss. Die Ökonomie fragt Bildung nicht mehr gesellschaftlich, sondern individuell und selektiv nach.

Bürgerprojekte versuchen nun, den Einzelnen wieder in eine Ideologie des Gemeinsinns mit der These einzubinden, dass die Emanzipation des Menschen über die überkommene Arbeitsgesellschaft ob deren sozialen Ausgrenzungsdrucks nicht mehr möglich sei. Aus dieser kurzschlüssigen Plausibilität leitet sich die Faszination der zivilgesellschaftlichen Perspektive ab. Auch

in einigen Ländern, wo die Fortschrittsdialektik der industriellen Arbeitsgesellschaft nie greifen konnte, plädieren die Intellektuellen für das zivilgesellschaftliche Modell, weil sie sich darin einen geistig-politischen Ausweg aus der Stagnation der bisherigen industriegesellschaftlichen Entwicklungsmodelle und ihrer politischen Logik der Verschränkung von Partizipation und Arbeit versprechen. Dabei werden aber zwei Grundprobleme übersehen: Zum einen haben die bürgergesellschaftlichen Perspektiven keinen über das Lokale und Kommunitäre hinausreichenden Entwurf davon, wie sie gesellschaftliche Hintergrundsicherheit angesichts eines überregionalen Globalisierungssogs der Kapitalien schaffen wollen. Zum anderen nehmen sie nicht wahr, dass das Kapital zunehmend einem selbst nicht mehr steuerbaren Fortschrittszwang unterliegt, ja geradezu zur Prosperität »verdammt« ist, wenn es keiner sozialpolitischen Bindung unterliegt und – wie in den USA – soziale Integration und Problembefriedung durch ökonomische Überschüsse und nicht durch Umverteilung erreicht werden sollen. Dies können aber nur große Wirtschaftsgesellschaften, die – zu Lasten anderer – wirtschaftsimperialistisch auf den Weltmärkten auftreten und im eigenen Land die Armut im Bild der »relativen Armut« verstecken können.

Dieser Zwang zur Prosperität wird dem Einzelnen als Zwang zum unbedingten individuellen Erfolg – auch ohne sozialstaatliche Hintergrundsicherheit – angedient. Der Einzelne als »Unternehmer seiner Arbeitskraft« ist aus dem Integrationsgebot und der sozialen Fortschrittsperspektive der traditionellen Sozialpolitik herausgenommen und muss nun selbst für sich den Fortschritt jeweils bearbeiten. Inwieweit er dazu in der Lage ist, entscheidet der Markt, der zur unsichtbaren, aber spürbaren Definitions- und Steuerungsgröße des Fortschritts geworden ist. Marktindividualismus und Entgrenzung und Modularisierung des Sozialen spielen zusammen. Mit der marktgängigen Biografisierung der Fortschrittsperspektive ist auch ihre zeitliche Einbettung aufgehoben. Der Markt kennt keine Vergangenheit und Zukunft, das je gegenwärtige Produkt ist das neueste, das vergangene ist entwertet, interessiert nicht mehr. Der Produktblick auf die Zukunft wiederum würde das jetzige Produkt, das verkauft werden muss, entwerten. Auch die Biografisierung der Lebenszusammenhänge – die Fixierung auf das »eigene Leben« – zielt auf Gegenwart. Zukunft und Vergangenheit sind heute eher familiengebunden. Der Fortschritt ist immer dort, wo es einem am besten geht, wo man mit sich – und damit mit seiner Welt – zufrieden ist. Auf die Frage, was sie sich denn für die Zukunft wünsche, hätte sie denn einen solchen (Märchen-)Wunsch frei, sagt eine junge Frau in einem TV-Werbespot: »Ich wünsche mir, dass alles so bleibt, wie es jetzt ist.« Damit hat sie sich aus Raum und Zeit genommen, als der abstrakte Mensch, der seine Biografie heraushebt, dem Zeitschicksal entkommen will.

Markt und Biografie kommen heute in der Abstrahierung vom Sozialen zusammen. In dieser Szenerie interessieren die marktfähigen Einzelnen, die sich über ihre Marktindividualität und nicht mehr über soziales Aufeinander-Angewiesensein verständigen. Im »Entwurf des unternehmerischen Einzelnen« steht das Gelingen seines eigenen Projekts im Mittelpunkt, mit dessen Chancen und Risiken er experimentieren muss (vgl. Bude 2000: 133f.). Hat er Erfolg, kann er davon auch etwas an andere, an die Gemeinschaft, abgeben. Die medialen Wohltätigkeitsshowes präsentieren täglich die prominenten Erfolgs- und Surplus-Protagonisten. Diese Amerikanisierung der öffentlichen Wohlfahrt – erst individueller Erfolg, egal ob mit sozial verträglichen oder sozial destruktiven Mitteln, und dann etwas vom Überschuss abgeben, aber dabei sich in Szene setzen können – bildet den wirklichen Humus dieser gemeinwohlideologischen Variante. Die Wohltätigkeitsstars aus Film, Sport und Business sind an Treuherzigkeit nicht zu überbieten, wenn sie sich stereotyp verweigern, über ihre Gagen, Einkommen oder Vermögen zu reden, sondern nur über das, was aus dem Surplus weitergeben wird.

Die Extensivierung der Konsumgesellschaft hat nachhaltig zur Privatisierung und Biografisierung des Fortschritts beigetragen. Dem Konsum wohnt eine eigene »Fortschrittsdynamik« inne – er ist grenzenlos, das Neue ist das jeweils Beste. Das führt zur Tendenz der Abstraktion. Da damit aber auch die sozialen Entbettungs- und Abstrahierungstendenzen der Ökonomie befördert werden, wird der Konsum im Zeitalter des digitalen Kapitalismus direkt zum Motor sozialer Entbettung: Je mehr die Konsumangebote neben ihrer materiellen Warenqualität auch mit sozialen Qualitäten besetzt sind, desto stärker versuchen die Menschen, Lebensqualität und Lebenssinn im für alle erreichbaren, weil – im Gegensatz zur Arbeit – sozial nicht ausgrenzenden Konsum zu finden. In den heutigen Konsumgesellschaften hat man also teil am Fortschritt, indem man das immer wieder Neue immer wieder neu konsumiert. Der gängige Begriff »neue Produktgenerationen« symbolisiert dabei die Art und Weise, wie der genealogisch gebundene Zukunftssinn des Menschen in der Ökonomie aufgehen kann. Der Konsum ist damit zum Bindeglied zwischen externalisierter Ökonomie und biografischer Erfüllungshoffnung des Menschen geworden. Damit ist aber das Frage der Sinnhaftigkeit verschwunden: Wichtig ist nicht mehr, welchen Sinn der »Fortschritt« hat, sondern dass man *teilhat*, wenn es immer weitergeht und Altes durch Neues ersetzt wird, das seinen Wert dadurch erhält, dass es noch nicht verbraucht bzw. noch verbrauchbar ist.

